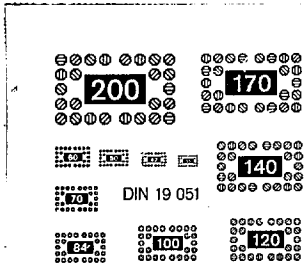

HELMUT SCHMIDT

POLITIK MIT AUGENMASS

HELMUT SCHMIDT

POLITIK MIT AUGENMASS

DREI REDEN

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek

Herausgegeben vom
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1

Druck: Bundesdruckerei Bonn 822644 12. 78

A 88-823

Inhalt

Gesinnung und Verantwortung in politischer Sicht 5

Sicherheitspolitik als Friedenspolitik 17

Auftrag und Verpflichtung der Geschichte 35

GESINNUNG UND VERANTWORTUNG IN POLITISCHER SICHT

ANSPRACHE
ANLÄSSLICH DER ENTGEGENNAHME
DES THEODOR-HEUSS-PREISES IN MÜNCHEN
AM 21. JANUAR 1978

Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren, liebe junge Leute
und verehrte Frau Hamm-Brücher!

Nach den freundlichen Worten von Frau Hamm-Brücher über die Preisträger muß ich Ihnen, meine Damen und Herren, ein kleines persönliches Geständnis ablegen. Gewiß sind Politiker nicht weniger eitel als andere Menschen, eher ein klein wenig mehr. Sie lesen gerne über sich selbst in den Zeitungen. Aber es geht vielen Politikern gewiß ähnlich wie mir selbst: körperlich anwesend zu sein und selbst mit zuzuhören, wenn uns ein anderer lobt: das ist schwieriger als Zeitung zu lesen. Und so fühlt man sich ein bißchen gehemmt und auch etwas beklommen.

Deshalb lassen Sie mich an Stelle von Formeln des Dankes nur sagen, daß wir Freude empfinden über die mit diesem Preis und diesen Medaillen verbundenen Auszeichnungen und daß wir zugleich die Verpflichtung erkennen, die der Name Heuss den in öffentliche Verantwortung Gestellten auferlegt. Und ich denke, daß ich diesen Dank zugleich habe aussprechen dürfen für Herrn Bischof Hanselmann, für Alfred Grosser und auch für Manfred Rommel.

Theodor Heuss hat in den Geburtsstunden unserer Republik Maßstäbe gesetzt, die auch heute jederzeit Richtschnur für das Denken und für das Handeln demokratischer Politiker sein können.

Und wer wie ich gestern abend im Protokoll des Parlamentarischen Rates die engagierten, aber doch stets klugen und meist heiter-gelassenen, jedenfalls immer mäßigenden Beiträge von Theodor Heuss liest, der wird nachdenklich; nachdenklich, weil hier bei beherztem Eintreten für die Liberalität des neu zu formenden Staates ein Mann spricht, ein Mann wieder vor Augen tritt, der das Aufeinanderzu-Gehen unter den miteinander ringenden politischen Kräften und der damit am Ende den Kompromiß möglich macht.

Nicht zu vergessen dabei, daß Theodor Heuss durch seine humorvolle und gelegentlich vielleicht schelmisch zu nennende Einmischung die allzu verbissenen Kontrahenten behutsam voneinander zu lösen verstand.

Kein Parlamentarier, kein Politiker kann die Notwendigkeit bestreiten, in der Auseinandersetzung um einen politischen Gegenstand von Zeit zu Zeit Abstand zu suchen, um erneut Maß zu nehmen, um erneut Augenmaß zu nehmen.

Augenmaß gegenüber der Sache, Toleranz – Toleranz aus Achtung, nicht aus Duldung – gegenüber den Grundüberzeugungen des Andersdenkenden, des politischen Widersachers und die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kompromiß. Diese drei Dinge möchte ich, ohne zu zögern, zu den Tugenden des Demokraten rechnen. Übrigens sind diese Tugenden nicht allein in der großen Politik gefragt, sondern auch im Alltag der Staatsbürger.

Und ich räume ein, daß im praktischen Alltag des Politikers diese Tugenden einem keineswegs immer leichtfallen. Und das gilt für Jüngere und Ältere. Viele Jüngere werden auf unseren Schulen und Hochschulen, in ihren Vereinigungen und Verbänden, von ihren Eltern, von ihren älteren Freunden nun nicht gerade zum Augenmaß erzogen, nicht gerade zur Toleranz und nicht gerade zur Kompromißbereitschaft.

Im Gegenteil: An vielen Orten wird statt Augenmaß vielmehr die Verabsolutierung von Gedankengebäuden gepre-

digt, von Ideologien, oder die Verabsolutierung von Wunschgebilden, von Utopien. Und statt Toleranz wird vermeintlich dialektischer Widerspruch, ja Kampf zum Ideal gemacht. Der Wille zum Kompromiß wird häufig genug und schon lange genug als lächerliche Schwäche herabgesetzt – seit Hegel, seit Marx, seit Wilhelm II. bis zum heutigen Tage. Und bei alledem ist die Nazi-Ära nicht zu übersehen und die von ihr ausgelöste und immer noch nachwirkende Zerstörung der Tugend zum Augenmaß. Was ja heißt: Zerstörung einer Fähigkeit, die man charakterisieren kann als Erlernen und Üben vernunftgemäßen, pragmatischen Urteils. Diese Nachwirkungen der Nazi-Ära sind nicht zu übersehen. Die von der gleichen Zeit ausgehende Zersetzung des Willens zur Toleranz wirkt ebenso nach. Das gleiche gilt für die Tugend des Kompromisses. Und ich will dabei gewiß nicht daran vorbeisehen, daß Lenin und Stalin in der gleichen zerstörerischen Weise in unserer gegenwärtigen Gesellschaft nachwirken.

Ich hoffe, ich muß mich nicht wehren gegen die Unterstellung, die ich eigentlich auch nicht erwarte, daß ich nicht wüßte, daß es auch kompromittierende Kompromisse geben könnte und daß auch Kompromisse denkbar sind, die man nicht machen darf.

Wenn ich gebeten worden bin, heute über Gesinnung und Verantwortung aus politischer Sicht zu sprechen, so erkennen die Älteren unter Ihnen, meine Damen und Herren, in dieser Thematik natürlich den Bezug auf Max Weber, der vor fast 60 Jahren hier in München seinen berühmten – und ich würde hinzufügen – heute noch jedem Politiker als unverzichtbare Pflichtlektüre nahezulegenden Vortrag über Politik als Beruf gehalten hat.

Max Weber – nach meinem Verständnis ist er immer noch einer der wichtigsten Soziologen dieses Jahrhunderts und ebenso immer noch einer der wichtigsten politikwissen-

schaftlichen Lehrer, und er ist – auch wenn jetzt meine Wortwahl etwas überraschend klingen mag – zugleich geschichtlich einer der ersten Vertreter einer demokratischen Staatsphilosophie in Deutschland. Und ich bekenne gern: ich halte heute noch Webers Distinktion, seine Unterscheidung, seine Klarstellung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik für klärend, für orientierend und übrigens für eminent politisch.

Bei solchem Bekenntnis mag es überraschen, daß ich am Anfang soeben eben nicht jene drei Weber'schen Kategorien genannt habe, die immer wieder zitiert werden, nämlich Leidenschaft und Augenmaß und Verantwortungsgefühl. Ich denke nämlich: Leidenschaft gibt es mehr als genug in unserer Politik, wenngleich keineswegs immer Leidenschaft von befriedigendem Tiefgang; jedenfalls bedarf Leidenschaft gegenwärtig nicht der Propagierung.

Aber Verantwortungsgefühl – wie Weber sagte, heute würden wir sagen: Verantwortungsbewußtsein, was dasselbe meint –, dieser Begriff ist der unmittelbare Zugang zu Weber und führt ins Zentrum der kurzen Bemerkungen, die ich Ihnen heute vormittag anbieten möchte.

Nach meinem Verständnis ist Politik pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken, aber politisches Handeln ist keineswegs allein aus der Sittenlehre oder aus der Ethik zu begründen, ebensowenig wie umgekehrt etwa allein Politik zu begründen wäre aus der theoretischen Vorhersicht eines unvermeidlichen Ablaufs der Entwicklung. Vielmehr hat Max Weber recht: Der Politiker hat, so sagt er, „für die Folgen seines Handelns aufzukommen". Man könnte auch formulieren: er hat die Folgen seines Handelns zu verantworten und nicht nur seine eigenen guten Vorsätze.

Für mich habe ich daraus diese Konsequenz gezogen: Die Frage nach den Folgen, die der politisch Handelnde sittlich zu verantworten hat; diese Frage reißt ein ganzes Feld auf: der Frage nach den ethisch gerechtfertigten Zielen oder Zwecken, der Frage nach den Mitteln, die zugleich zweckmäßig und zugleich erlaubt sind, der Frage nach den unvermeidlichen Nebenwirkungen und ob sie in Kauf zu nehmen erlaubt sind und insgesamt nach diesem Zusammenhang von Zwecken, von Nebenwirkungen und von Mitteln. Und damit ist des Fragens in Wirklichkeit noch kein Ende.

Mit einem Wort: wer als Politiker sich zu entscheiden hat, der muß sich bei der Kalkulation der erstrebten Folgen wie der abgelehnten Folgen zunächst der vernunftgemäßen Analyse bedienen, um erst anschließend die durch die Analyse klargestellten Ziele, Mittel und Nebenwirkungen sittlich bewerten und gegeneinander abwägen zu können.

Dabei ist die vorweggehende, die theoretische Analyse unverzichtbar. Aber diese Analyse kann den Politiker nicht bewahren vor der Notwendigkeit zum ethisch begründeten eigenen Werturteil. Mit anderem Wort: Der Politiker muß, ehe er handelt, a u c h prüfen, wieweit seine moralische Legitimation reicht, um die Folgen seines beabsichtigten Handelns verantworten zu können.

Man kann diese Aufforderung zur vorweggehenden Analyse auch ausdrücken als Aufforderung zur Rationalität des Handelns. Und wenn Max Weber die Formel vom Augenmaß benutzte, so besagt seine Wortwahl „Augenmaß" im Grunde nichts anderes. Es sei denn, daß das Wort vom Augenmaß darüber hinaus anklingen läßt, daß dem Politiker oft nicht genug Zeit gelassen bleibt zur sorgfältigen Analyse, so daß er eben tatsächlich statt mit dem Maßstab wirklich messen zu können, gezwungen ist, die Dimensionen sehr rasch mit dem Auge abzuschätzen. Oder aber es könnte das Wort Max Webers vom Augenmaß auch mitschwingen lassen, daß oft genug die vernunftgemäße Analyse mit so vielen, so unvorhersehbaren, so eigenständig-dynamischen, so unabhängig-variablen Faktoren zu rechnen ist, daß die Prognose der Wirkungen und Nebenwirkungen ernsthaft in Frage gestellt ist.

Ich denke dabei – und ich nehme dieses Feld als Beispiel –, ich denke dabei zum Beispiel an unsere mittelfristigen öko-

nomischen Prognosen und Projektionen, unsere gesetzlich vorgeschriebenen Hochrechnungen der Entwicklung der öffentlichen Finanzen über fünf Jahre oder der Rentenfinanzen über fünfzehn Jahre in die Zukunft hinein. Und selbst ein Bundes- oder Landeshaushaltsplan, der nur für ein einziges Jahr gilt, aber mindestens 18 Monate vor dem Ablauf dieses einzigen Jahres aufgestellt werden muß, erweist sich am Jahresultimo dann in vielfacher Hinsicht als irrig, und zwar gleichgültig, ob die Landesregierung christlich-sozial oder sozial-liberal oder wie auch immer eine Bundesregierung, die für ihren Haushaltsplan verantwortlich ist, politisch gefärbt sein möge.

Obwohl von Hause aus gelernter Ökonom, bin ich gerade auf diesem Felde ein vielfach gebranntes Kind. Ich weiß heute aus Erfahrung, daß die Prognosen in Zeiten des weltweiten wirtschaftlichen Umbruchs überhaupt nie stimmen können, daß sie zum Beispiel keinerlei außerökonomische politische Faktoren, weltpolitische Faktoren vorhersehen und infolgedessen auch nicht einbeziehen können, daß sie nicht einmal die gleiche Treffer-Wahrscheinlichkeit für sich haben wie die allabendlichen Wettervorhersagen im Fernsehen für den folgenden Tag, die uns häufig genug auch irreführen.

Ich gestehe Ihnen, daß ich in langen Jahren der politischen Verantwortung und verschiedenen Aufgaben niemals mehr gelitten habe als im Zeitraum des Erkenntnisprozesses am Ende des Jahres 1976, als wir damals begreifen mußten, daß die Rentenfinanzierungsprognosen nicht stimmten, weil die von uns zugrunde gelegten mehrjährigen Wirtschaftsprognosen nicht mehr stimmten. Zwar hatten wir alle unsere Aussagen zur Rentenpolitik ein knappes halbes Jahr früher erst in intellektueller Redlichkeit geprüft – die Lage war redlich analysiert worden –, ehe wir sie veröffentlicht hatten, aber jetzt standen wir als Irrende da, und einige gar nannten uns Betrüger.

In Wahrheit waren wir dies nicht; denn zum Betrug gehört der Vorsatz. Wir hatten den umgekehrten Vorsatz gehabt, nämlich nur das zu versprechen, was wir für realistisch und für erfüllbar hielten. Unser Fehler war: wir hatten unsere nüchternen ökonomischen mittelfristigen Prognosen – für die übrigens mein Freund Walter Arendt am allerwenigsten verantwortlich gewesen war –, wir hatten unsere nüchternen Prognosen für realistisch gehalten, Prognosen, die von der späteren Entwicklung und von neueren Prognosen falsifiziert wurden.

Es ist bitter, solche Fehler einsehen zu müssen. Es ist bitter, sie öffentlich eingestehen zu müssen. Und es ist bitter, sodann andere gesetzgeberische Beschlüsse empfehlen zu müssen, als man sie selbst früher angekündigt hatte. Ich kann Ihnen versichern, es kann recht unangenehm sein, sich öffentlich der Verantwortung zu stellen.

Nun, Fehlurteile auf der Grundlage falscher Analyse, wenngleich pflichtbewußter Analyse, Fehlurteile auf der Grundlage falscher Prognosen sind im Bereiche der ökonomischen Politik leider unvermeidlich und leider in der ganzen Welt häufig. Der erste Bericht des Club of Rome ist nur eines der vielen Beispiele, die jedes Jahr sich auf der ganzen Welt ereignen – von den Fünf-Jahres-Plänen in der Sowjetunion bis hin zu den Problemlösungen der westlichen internationalen Währungspolitiker, von denen ich auch einmal einer gewesen bin.

Nun sind aber viele andere Felder der Politik schlechthin und der Außenpolitik besonders in mindestens gleicher Weise Risiko-behaftet. Allerdings: auf den anderen Feldern der Politik tritt der Kalkulationsfehler nicht so eindeutig in Erscheinung, weil auf diesen anderen Feldern keine in Zahlen ausgedrückten Gleichungen vorgelegt werden, keine Bilanzen, weder als ex-ante-Prognosen noch als ex-post-Rechnungslegung.

Tatsächlich kommen zum Beispiel auf dem Felde der Außenpolitik schrecklich folgenreiche Fehleinschätzungen zu-

künftiger Entwicklungen vor. Denken Sie an das Ereignis hier in Ihrer Stadt im Jahre 1938, an das Treffen Hitlers und Mussolinis mit Chamberlain und Daladier. Welch schwerwiegender Prognose-Fehler auf seiten der französischen und der englischen Regierung und welch ungeheure Folgen für die Welt! Damals hat auf seiten des Westens die rationale Analyse gefehlt; das „Augenmaß" im Sinne Max Webers erst recht und, wenn ein Deutscher das überhaupt sagen darf, wahrscheinlich auch die Tapferkeit.

Bei aller Einsicht in die Begrenztheit der die Zukunft vorwegnehmenden Analyse, die ich hier vortrage, beharre ich gleichwohl auf der Forderung nach rationalem Handeln des Politikers. Niemand kann rational handeln, wenn er keine Gedanken auf die Umstände und auf die Bedingungen seines Handelns verwendet, und wenn er keine Vorstellungen von den Folgen seines Tuns hat. Einordnung des eigenen Handelns in solchen Rahmen erfordert umfassende gedankliche Vorstellungen – und auf manchen Feldern bleiben es dann zum Teil lediglich Vermutungen, keine eindeutigen Vorstellungen, sondern nur Vermutungen – von den zukünftigen tatsächlichen Gesetzmäßigkeiten.

Die Gesamtheit solcher Vorstellungen ist wohl das, was im weiteren Sinne eigentlich mit dem Wort Theorie gemeint sein sollte, wenn heutzutage von einem „Theorie-Defizit" gesprochen wird. In diesem Sinne sind dann sogenannte theoretische Fragen allerdings keine Fragen, die man einfach mit Mehrheit entscheiden kann. Und deshalb sind Gremien, in denen die Argumente letztlich nach der Zahl der abgegebenen Stimmzettel gewogen werden, zur Entscheidung „theoretischer" Fragen nur mit recht begrenzter Kompetenz ausgestattet.

Wenn Politik mit der praktischen Lösung konkreter Fragen zu tun hat, so gehören aber Praxis und Theorie in der Politik gleichwohl zusammen: zwischen Geschichte, Erfahrung, Idee, Programm und Tat besteht ein unauflöslicher interdependenter Zusammenhang. Dabei muß die Einheit von

theoretischer Einsicht und von Praxis aus zwei Gründen gefordert werden: Erstens aus dem Grundsatz der Wahrhaftigkeit und zweitens aus dem Grundsatz der Rationalität des Handelns, aus der Maxime der Rationalität des Handelns.

Ich möchte in dem Zusammenhang der weitverbreiteten These, eine Theorie müsse mehrheitsfähig sein, ganz entschieden widersprechen. Die Einführung dieser These würde die Einführung des grundsätzlichen Opportunismus bedeuten; nicht mehrheitsfähig muß eine Theorie sein, sondern richtig muß sie sein.

Und wenn Handlungen, die aus einer theoretischen Analyse abgeleitet sind, scheitern oder wenn sie Fehler zeitigen, die man nicht vorhergesehen hat, wenn Theorien, allgemein gesprochen, in der Wirklichkeit scheitern, so muß man prüfen, ob und wieweit und warum die theoretischen Überlegungen falsch waren oder wieweit sie richtig bleiben oder wie sie ergänzt werden oder wie sie geändert werden müssen. Hier liegt das Kriterium für den Unterschied zwischen Dogmatismus und wahrhaft kritischer Haltung.

Was mich an manchen – oft von ihnen selbst ernannten – Theoretikern stört, ist, daß sie versuchen, ihre Theorien anderen vorzuschreiben, statt sie kritisch an der Wirklichkeit zu überprüfen. Politische Theorie, gesellschaftliche Theorie, insbesondere ökonomische Theorie bedürfen fortgesetzt der empirischen Überprüfung. Wenn nun einer freilich von dem Anspruch beseelt ist, das, was sein soll, zwingend abzuleiten aus seiner theoretischen Erklärung dessen, was ist, dann wird er es schwer haben, seine Soll-Sätze zu revidieren. Vielleicht wird er es unmöglich, weil verboten, finden, seine Soll-Sätze zu revidieren. Hier liegt übrigens eine der großen inneren Gefährdungen des Marxismus. Das erkennt man als Sozialdemokrat oder als Sozial-Liberaler besonders deutlich.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Gedanken habe ich im Laufe meines Lebens so oder ähnlich mehrfach vorgetragen. Ich biete Ihnen wirklich Neues kaum an. Auch

hatte ich keineswegs im Sinne, Ihnen vorzuklagen, daß die Verantwortung eines Politikers schwer zu tragen sei. Sondern ich wollte mit diesen wenigen Bemerkungen meine Reverenz vor Max Weber bezeugen, der gesagt hat, es sei für den Politiker ein – er hat sich sehr scharf ausgedrückt – „abgrundtiefer Gegensatz", ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handele: der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim; oder unter der verantwortungsethischen Maxime: daß man für die Folgen aufzukommen habe.

Niemand wird demjenigen, der aus dieser Verantwortlichkeit für die Folgen handelt, niemand wird dem erlauben oder erlauben dürfen, daß er ohne Gesinnung handele. Seine „Gesinnung" kann sich dabei noch nicht einmal beschränken auf seinen Kanon von Grundwerten. Aber schon seine Grundwerte, die der handelnde Politiker nicht verletzen will, weil er sie im Gewissen nicht verletzen darf – aber schon seine Grundwerte sind insgesamt ein höchst kompliziertes Feld, das den allermeisten von uns in den längsten Zeitabschnitten keineswegs übersichtlich geordnet und griffbereit zur Hand liegt.

Das, was wir heute – meist in unscharfem Wortgebrauch – „Grundwerte" nennen, das sind zum Teil Rechtssätze, wie zum Beispiel der Gleichheitssatz im Grundgesetz. Zum Teil sind es Gebote, wie zum Beispiel das Gebot zur Solidarität oder das Gebot zur Toleranz. Zum Teil sind es religiöse Glaubensüberzeugungen. Zum Teil sind es philosophische Grundüberzeugungen. Zum Teil sind die Grundwerte unveränderbar im Grundgesetz festgestellt, sie sind damit einer staatlichen Disposition oder einer politischen Disposition kategorisch entzogen. So stehen zum Beispiel die Würde des Menschen und die Freiheit der Person mit unserer gemeinsamen inneren Bejahung an der Spitze unserer Verfassung. Aber zum Teil sind ebenso wichtige Grundwerte im Grundgesetz nicht erwähnt und konnten auch nicht erwähnt sein. Übrigens fehlt zum Beispiel ein ausdrückliches Friedensgebot im Grundgesetz, wenngleich es vielleicht aus

den Artikeln 1 und 25 mit Mühe herausdestilliert werden könnte. Und etwas, was heute viele von uns als Grundwert empfinden, nämlich Arbeit, fehlt ebenso.

Insgesamt konnte und wollte das Grundgesetz eben weder einen vollständigen Katalog aller Grundwerte geben noch gar eine systematische Hierarchie jener Grundwerte, die das politische Handeln orientieren, jener Grundwerte, die im Zweifelsfall ein politisch Handelnder in seinem Gewissen als Maßstäbe anzulegen hat und die er zugleich anerkennen muß als Limitierungen, als Begrenzungen seiner Freiheit zum Handeln.

Diesen letzten Gedanken, den Hinweis auf grundwertbezogene Grenzen der politischen Handlungsfreiheit, auch wenn sie nicht alle in Verfassung und Gesetz verzeichnet sind – den füge ich hier ein, um Bezug zu nehmen auf das, was Carl-Friedrich von Weizsäcker vorhin über die zwingende Notwendigkeit zur Gesetzmäßigkeit gesagt hat. Es gibt Grundwerte, das sage ich noch einmal, die im Gesetz gar nicht stehen, die aber gleichwohl nicht verletzt werden dürfen.

Dies führt mich am Schluß zu der Einsicht, daß es auch dem verantwortungsethisch orientierten Politiker durchaus geschehen könnte, daß im äußersten Fall seine Gesinnung, sein Gewissen ihm verbieten, eine politische Handlung zu vollziehen, deren Zweckmäßigkeit unbestritten ist, deren Legalität unbestritten ist, deren Folgen er sehr wohl vor anderen verantworten dürfte und könnte – zum Beispiel vor seinen Wählern, vor dem Parlament, vor dem Gericht in Karlsruhe – und die er gleichwohl nicht vollziehen darf, weil sie ihm, seinen Grundwerten nach, verboten ist. Ich gestehe, daß ich einen solchen Konfliktsfall selbst bisher bewußt nicht erlebt habe. Aber ich kann ihn mir vorstellen, und ich kann ihn mir seit dem letzten Herbst besser vorstellen als früher.

Zugleich weiß ich, daß für viele unter uns Politikern und daß für jeden einzelnen von uns wiederholt im politischen

Leben das Abwägen von Werten gegeneinander als schwierig empfunden wird und deshalb als bedrängend, auch wenn man uns dies oft nicht ansieht, weil wir ja im allgemeinen nicht dazu neigen – es gibt Ausnahmen –, unsere eigenen inneren Zweifel zu offenbaren, die es aber gibt.

Nach seiner Vereidigung 1949 hat Theodor Heuss im Bundestag vom Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott gesprochen. Und in der Rede zehn Jahre später, mit der er sich verabschiedet, kommt im allerletzten Satz das Wort vor von der Toleranz – ich zitiere wörtlich – „im geistigen wie im moralischen Raum" als einem „Element aktiver Tapferkeit".

Theodor Heuss hat durch sein ganzes Leben gezeigt, daß Max Webers Wort von der politischen Notwendigkeit der Leidenschaft, die ich vorhin ein wenig abschätzig behandelt habe, im Grunde eben doch richtig war: nämlich der Leidenschaft, der res publica zu dienen.

Wenn diese Leidenschaft für die res publica und wenn die aus ihr entspringende politische Leistung von Vernunft geleitet ist, wenn diese politische Leidenschaft sich nach den Grundwerten richtet, dann darf sie, so denke ich, mit Recht Patriotismus genannt werden. Solch Patriotismus mag und sollte Dank verdienen. Zugleich, sage ich für mich selbst, hat die liberalitas bavariae, von der Herr Oberbürgermeister Kronawitter sprach, meine Hochachtung.

Der Wille zur libertas aber, der Wille zu der Freiheit, von der vorhin Carl-Friedrich von Weizsäcker so vorzüglich und so klar gehandelt hat, dieser Wille ist uns allen gemeinsam, die heute morgen hier oben gesprochen oder gestanden haben. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

SICHERHEITSPOLITIK ALS FRIEDENSPOLITIK

ANSPRACHE VOR DER 10. SONDERGENERALVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN IN NEW YORK AM 26. MAI 1978

Herr Präsident,

ich betrachte es als besondere Ehre, heute unter Ihrem Vorsitz zu dieser erlauchten Versammlung sprechen zu können. Unsere beiden Länder sind einander herzlich und freundschaftlich verbunden und wir freuen uns, Sie nun schon zum dritten Mal in diesem Jahre an der Spitze der wichtigen Arbeiten der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu sehen. Meine Delegation hegt daher die Zuversicht, daß die Sondergeneralversammlung einen befriedigenden Abschluß in gegenseitigem Einvernehmen finden wird.

(Diese einleitenden Sätze sprach der Bundeskanzler in englischer Sprache.)

I. *Mitverantwortung für den Frieden*

Für mein Land und seine Bürger sage ich: Wir wünschen uns – und wir tun alles in unserer Kraft Stehende –, daß die Völker dauerhaft zum Frieden finden. Wir wünschen dies, weil wir unter der Erfahrung von zwei Weltkriegen mit ihren millionenfachen Opfern leben. Und wir wünschen dies, weil es uns auf das unmittelbarste berührt, daß heute weite Gebiete der Welt unter militärischen Konflikten zu leiden haben.

Die Bundesrepublik Deutschland begrüßt deshalb, daß die Vereinten Nationen in dieser Sondergeneralversammlung, die auf die von uns unterstützte Initiative der ungebundenen Staaten zurückgeht, die Gefahren des Wettrüstens verstärkt ins internationale Bewußtsein rufen und daß sie da-

mit die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle intensivieren, die dieses Forum seit 32 Jahren beschäftigen.

Ich spreche für ein Land, das keine Großmachtpolitik betreiben kann und keine betreiben will. Mein Land ist sich aber seiner Mitverantwortung für den Frieden bewußt. Unsere Vertragspolitik hat auf vielfältige Weise unseren Verzicht auf Gewalt völkerrechtlich konkretisiert. Er bleibt auch in Zukunft unsere Richtschnur.

2. *Kernwaffen und Frieden*

Seit der Erfindung der Kernwaffen ist die Menschheit in ein neues Zeitalter eingetreten. Es unterscheidet sich von allen vorhergehenden fundamental. Die von den Kernwaffen bewirkte Revolution der Kriegführung hat für Krieg und Frieden neue Bedingungen geschaffen.

Jeder Konflikt zwischen nuklear gerüsteten Staaten oder Allianzen ist mit einem allen geschichtlichen Beispielen unvergleichbaren Risiko verbunden.

Dieses Risiko beschränkt sich nicht auf kriegführende Staaten, sondern es erfaßt deren Nachbarn, darüber hinaus ganze Kontinente und im extremen Fall eines globalen Krieges mit nuklearen Massenvernichtungswaffen die Erde als Ganzes – und zwar voraussichtlich mit katastrophalen Folgen für mehrere Generationen.

Wir haben seitdem unter einem System der nuklearen Abschreckung auf Gegenseitigkeit zwischen den Weltmächten gelebt. Dreieinhalb Jahrzehnte nuklearen Friedens können noch keine endgültige Antwort auf die Frage geben, wie ein Friede ohne Furcht ermöglicht werden kann. Diese Zeitspanne ist zu kurz, um schon historische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Immerhin hat der bewaffnete Friede seit 1945 in einer Epoche gehalten, die von tiefen Gegensätzen und Interessen-

konflikten zwischen den Inhabern der nuklearen Macht angefüllt war.

Jedoch sind die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle seit dem Zweiten Weltkrieg, die mit dem Baruch-Plan begannen, weit hinter den ursprünglichen Erwartungen der Völker zurückgeblieben.

Es sind allerdings einige wichtige Ergebnisse erzielt worden – beim Atomversuchsstopp, bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen, bei der Begrenzung der strategischen Kernwaffenrüstungen. Die von den Vereinten Nationen zu Beginn dieses Jahrzehnts proklamierte „Abrüstungsdekade" verläuft nicht ohne Erfolg.

Hingegen ist das Resultat im Bereich konventioneller Streitkräfte und Rüstungen bisher enttäuschend. Außerhalb des Abschreckungssystems und der von Kernwaffen gedeckten Bündnisse haben politische Konflikte seit 1945 in vielen Teilen der Welt zu einer längeren Reihe neuer Kriege geführt, die mit modernen, nicht-nuklearen Waffen hoher Zerstörungskraft ausgekämpft wurden.

Im Interesse des Friedens brauchen wir heute eine umfassende politische Sicherheitspartnerschaft. Nur so kann ein Prozeß wirklicher Begrenzung und Minderung der Rüstung in Bewegung gesetzt werden. In diesem Zusammenhang drücke ich meinen Respekt aus für die Energie und Überzeugungskraft, mit der Präsident Carter diesen Prozeß fördert.

3. *Grundelemente der Sicherheitspolitik*

Aus vier Elementen setzt sich das Konzept zusammen, dessen Verwirklichung für einen stabileren Frieden erforderlich ist:

Erstens: einer Politik des politischen, strategischen und militärischen Gleichgewichts

Zweitens: einer Politik der Entspannung, der Konfliktein-dämmung und des Interessenausgleichs

Drittens: der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung und

Viertens: der Voraussehbarkeit, der Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß es in einer Welt voller Mißtrauen und tiefgreifender Konflikte keine einfachen und keine schnellen Rezepte gibt, um diese vier Grundelemente stabiler Sicherheitspartnerschaft zu erreichen. Abrüstung wird es nur dort geben, wo es genug Vertrauen gibt und Vertrauen nur dort, wo es Sicherheit gibt.

Sicherheitspolitik muß als Friedenspolitik heute weltweit angelegt sein, wenn sie Erfolg haben soll. Was im Nahen Osten, im östlichen Mittelmeer, in Afrika oder in Südostasien passiert, das geht uns alle an, weil es die Entspannung und das langsam wachsende gegenseitige Vertrauen belasten – ja, es sehr ernstlich in Frage stellen kann.

Es genügt nicht, den Blick allein auf die Kernwaffen zu richten. Weltweite Vereinbarungen der Nuklearmächte unter sich können den Ausbruch konventionell geführter regionaler Kriege nicht verhindern. Solche Kriege können bis zum Zusammenstoß der Großen eskalieren.

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt muß deshalb für den Einsatz aller Waffen, sowohl nuklearer wie konventioneller, gelten. Wer als erster zu den Waffen, gleich welcher Art, greift und das Mittel des militärischen Angriffs einsetzt oder mit ihm droht, verletzt dieses Verbot. Ich wiederhole: dieses Verbot ist umfassend, es gilt ganz, oder es gilt gar nicht. Wer es nur auf den Ersteinsatz bestimmter Waffen konzentrieren will, der muß sich die Frage stellen lassen, ob er es etwa für weniger verboten hält, wenn mit anderen Waffen angegriffen würde. Soll ein Land, das von ei-

nem konventionell hochgerüsteten Nachbarn bedroht ist, vom Gewaltverbot weniger geschützt sein als andere?

Regionale Vereinbarungen über konventionelle Streitkräfte und Rüstungen müssen deshalb gleichrangig und gleichzeitig mit den Bemühungen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung betrieben werden. Nicht nur in Europa, sondern in allen Regionen.

4. *Gleichgewicht*

Gleichgewicht ist das wichtigste Prinzip, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat. Solange eine Weltregierung mit Weltpolizei und Waffenmonopol utopisch erscheint, bleibt die Stabilisierung des Gleichgewichts unsere zentrale Aufgabe. Gleichgewicht ist heute für eine Strategie zur Sicherung des Friedens unerläßlich.

Versuche, Rüstungsbegrenzungen zu vereinbaren, die nicht auf die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts abzielen, bieten wenig Aussicht auf dauerhaften Erfolg. Rüstungsbegrenzungen müssen deshalb den Zweck verfolgen, ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte auf niedrigerer Ebene herzustellen.

Wenn auch die bisherigen Fortschritte bei der Rüstungsbegrenzung bescheiden sind, so haben sie doch auch ein wichtiges strategisches Ergebnis gebracht: die Großmächte haben ihr eigenes Sicherheitsbedürfnis neu definiert. Sie erkennen eigenen einseitigen Zuwachs an nuklearer Macht nicht mehr automatisch als einen Gewinn an eigener Sicherheit. Ich halte dies für einen großen Fortschritt.

Es schafft Unsicherheit, wenn man einen potentiellen Gegner wachsender Unruhe aussetzt. Die Sorge vor zunehmender Unterlegenheit oder vor Unabwägbarkeiten, Furcht oder politische Fehleinschätzungen können einen sich unterlegen fühlenden oder wähnenden Staat zu Kurzschlüssen verleiten. Je mehr sich diese Erkenntnis ausbreitet und auch

rüstungspolitische Folgerungen daraus gezogen werden, desto eher wird es gelingen, dem Prinzip des Kräftegleichgewichts die notwendige Anerkennung zu verschaffen.

Gleichgewicht ist keineswegs eine einmalige, sondern vielmehr eine ständige Aufgabe. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen können Instabilität bewirken und damit neue Gefahren. Dieser Aspekt darf nicht vernachlässigt werden.

Militärisches Gleichgewicht muß sich nicht notwendigerweise in totaler arithmetischer Identität bei allen Arten von Streitkräften und Waffen ausdrücken. Aber die Parität muß insgesamt sicherheitspolitisch hergestellt sein. Sie muß auch von den Völkern psychologisch als solche verstanden und akzeptiert werden können.

Gleichgewichtspolitik kann sich keineswegs auf den militärischen Bereich beschränken. Vielmehr ist das Streben nach Gleichgewicht im außenpolitischen, im ökonomischen und im sozialen Felde notwendig – für den Frieden im Innern unserer Staaten wie zwischen den Staaten.

5. *Entspannung und Konflikteindämmung*

Eine fruchtbare Politik der Entspannung und der Eindämmung politischer Konflikte setzt ein erhebliches Maß an sicherheitspolitischem Gleichgewicht voraus, oder sie geht mit einer Politik der Herstellung dieses Gleichgewichts Hand in Hand.

Wir in Europa haben erfahren, daß militärische Sicherheit und Entspannung eng miteinander verbunden sind. Seitdem vor einem Jahrzehnt die westliche Allianz im Harmel-Bericht ihre Strategie für Verteidigung und Entspannung formuliert hat, sind ermutigende Entspannungsergebnisse erzielt worden.

Auf dieser Grundlage konnte auch die deutsche Ostpolitik seit 1969 das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu

ihren osteuropäischen Nachbarn in Richtung auf Normalisierung und Aussöhnung von Grund auf verbessern. Auch die Lage in und um Berlin konnte stabilisiert werden.

Solche Anstrengungen zum Abbau politischer Gegensätze müssen verstärkt und auf andere Regionen ausgedehnt werden. Die Furcht, die jeweils andere Seite wolle Rüstungsbegrenzung nur zur Erlangung eines politischen Vorteils für sich selbst erstreben, ist nur in einem langen Vertrauensbildungsprozeß zu überwinden.

6. *Crisis Management*

Selbst bei beiderseitigem Willen zu Gleichgewicht und Entspannung können akute, unvorhergesehene Konflikte eine krisenhafte Gefahr auslösen. Deshalb ist die Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung nötig. Sie erfordert zunächst, daß die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien zu keiner Stunde abbricht. Die Staatsmänner der Welt müssen miteinander reden, sie müssen sich zu diesem Zwecke kennen!

Crisis Management erfordert den politischen Willen,

Erstens: Provokationen zu vermeiden,

Zweitens: die eigenen Optionen unmißverständlich zu machen,

Drittens: gefährliche Situationen durch Kompromißbereitschaft zu entschärfen und

Viertens: den Beteiligten die Wahrung ihres Gesichts zu ermöglichen.

Die jüngste Geschichte liefert mehrere Beispiele für gelungene Krisenbeherrschung. Ich denke z. B. an die Berlin-Krise 1961 und an die Kuba-Krise 1962.

Die Meisterung dieser schweren Krisen hat übrigens langfristige Wirkungen gehabt. Sie hat das Umdenken der großen Kernwaffenmächte eingeleitet und die psychologischen Grundlagen für die Politik der Entspannung und Abrüstung

geschaffen. Ohne die Erfahrung dieser Krisen, die erstmals zur direkten Konfrontation der Nuklearmächte geführt hatten, wären der Teilweise Teststoppvertrag, der Nichtverbreitungsvertrag und SALT nur schwer realisierbar gewesen. Der Vertrag von Tlatelolco von 1967 gehört in diese Reihe; ich begrüße, daß nunmehr auch die Sowjetunion dem Zweiten Protokoll zu diesem Vertrag beigetreten ist.

Weil auch die erfolgreichste Friedenspolitik plötzliche Konflikte niemals ganz ausschließen kann, müssen wir alle durch ständig zu verbessernde Methoden des Crisis Management dafür sorgen, daß Konflikte beherrschbar bleiben.

7. *Berechenbarkeit*

Je größer die Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens der Beteiligten ist, um so geringer wird die Gefahr akuter Krisen. Erste Voraussetzung für Berechenbarkeit ist Offenheit und Durchsichtigkeit.

Die Sorge vor unangenehmen oder gefährlichen Überraschungen kann durch mehr Transparenz der militärischen, aber auch der rüstungswirtschaftlichen Machtmittel wesentlich gemindert werden. Es ist ein großer Fortschritt in der Bildung gegenseitigen Vertrauens, daß bei SALT und in den Wiener Verhandlungen inzwischen die konkreten Daten und Zahlen des militärischen Potentials beider Staaten offengelegt werden.

Offenlegung der Streitkräfte der Beteiligten ermöglicht eine zuverlässige Beurteilung der militärischen Optionen der jeweils anderen Seite und ihrer Handlungsmöglichkeiten. Eine eindeutige Datenbasis kann jenes Vertrauen erzeugen, das zu gegebener Zeit auch eine verifizierte und ausgewogene Senkung der militärischen Ausgaben ermöglichen soll. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an den Vorarbeiten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Vergleichbarkeit und Offenlegung der Militärhaushalte beteiligt.

Auch die Einhaltung von geschlossenen Abkommen muß durchsichtig gemacht werden. Die eigene Sicherheit wächst, wenn dem Sicherheitsbedürfnis des anderen auf diese Weise Rechnung getragen wird.

Mein Land hat sich in wichtigen Verträgen der Transparenz und internationalen Inspektion geöffnet. Dies bleibt – mit Zustimmung unseres Volkes – auch zukünftig unsere Politik. Wenn aber Rüstungskontrolle im Namen des Friedens zu hegemonialer Machtpolitik oder zu einem Mehrklassen-Völkerrecht mißbraucht würde, dann könnte sie keine Zustimmung finden. Versuche, Nationen Restriktionen aufzuerlegen, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt waren, würden den Bedürfnissen des Friedens nicht gerecht.

Das für die Sicherheit und Frieden notwendige Grundelement der Vorhersehbarkeit muß allerdings sehr viel weiter reichen als nur bis zur Transparenz der militärischen Fähigkeiten. Es sollte vor allem für die Grundrichtung und für die Ziele der politischen Strategien der Staaten gelten. Je besser die anderen Beteiligten die zukünftige Entwicklung vorausberechnen können, um so geringer die Gefahr der Überraschung, um so größer die Sicherheit. Wer unberechenbar handelt, der kann dadurch Gefahren auslösen.

8. *Begrenzung nuklearer Rüstung*

SALT I war die erste effektive Begrenzung nuklearer Rüstung. Sie wurde nur möglich, weil dank der Satelliten das Problem internationaler Verifikation in diesem Falle beiseite gelassen werden konnte. Wir hoffen, daß ein erfolgreicher Abschluß von SALT II alsbald gelingt. Auch die beiden Großmächte haben sich im Nichtverbreitungsvertrag ausdrücklich zu einem Abbau ihrer Nuklearrüstungen verpflichtet. Wir müssen sie beim Wort nehmen.

Der Nichtverbreitungsvertrag hat sich bei der Begrenzung nuklearer Rüstung durchaus bewährt. Er hat bisher die geographische Verbreitung von Kernwaffen im wesentlichen aufgehalten.

Nichtverbreitungspolitik darf allerdings kein Hemmschuh sein für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Für viele Staaten, die keine ausreichenden Energiequellen besitzen, ist Kernkraft unverzichtbar. Der Nichtverbreitungsvertrag sichert im Artikel 4 den Unterzeichnerstaaten ausdrücklich die friedliche Nutzung zu. Diesen verbrieften Anspruch, der bei der Zustimmung unseres Parlaments zu dem Vertrag ausschlaggebend war, erhalten wir ohne Abstriche aufrecht.

Mit wachsender Nutzung der Kernenergie müssen allerdings die internationalen Vorkehrungen gegen Mißbrauch verstärkt werden; dies gilt insbesondere für den Umgang mit Plutonium. Dafür müssen wirksame Verbesserungen des gegenwärtigen Nichtverbreitungsregimes von breitem internationalen Konsens getragen sein. Dieser Vertrag – ein wichtiges Instrument der Nichtverbreitungspolitik – könnte sonst gefährdet werden.

Mit ihrem Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag haben über 100 Staaten völkerrechtlich auf nukleare Waffen verzichtet und so einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Sicherheit geleistet. Sie haben damit Ansprüche erworben, die erfüllt werden müssen.

9. *Rüstungsbegrenzung in Europa*

In Europa hat in diesem Jahrzehnt die Entspannung wesentliche Fortschritte gemacht. Die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland, das Viermächte-Abkommen über Berlin und die KSZE-Schlußakte von Helsinki haben das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt konkretisiert.

Heute besteht in Europa ein höheres Maß gegenseitigen Vertrauens als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Dies ist, so hoffe ich, auch für andere Regionen eine ermutigende Erfahrung. Sie ist das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung, an der außer den beiden Weltmächten alle Staaten der beiden Bündnisse und ebenso auch die neutralen und blockfreien Staaten Europas konstruktiv beteiligt waren.

Dies hat jedoch bisher die Tatsache nicht ändern können, daß sich in Europa die stärksten Ansammlungen von Waffen und Soldaten einander gegenüberstehen. Es kommt jetzt darauf an, ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene herzustellen und dadurch die Sicherheit zu stabilisieren.

Bei den seit fünf Jahren in Wien laufenden MBFR-Verhandlungen streben wir gemeinsam mit unseren Verbündeten an, Parität durch ausgewogene Reduzierungen zu schaffen. Das Ergebnis der Verhandlungen sollen übereinstimmende kollektive Gesamthöchststärken beider Seiten sein.

Während des kürzlichen Besuches des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in meinem Lande ist zum erstenmal in einer zwischen Ost und West vereinbarten Erklärung die Feststellung getroffen worden, beide Seiten hielten es für wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebe und daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ich stimme Herrn Außenminister Gromyko zu.

Auch wir halten diese Erklärung für einen wichtigen konzeptionellen Beitrag zur Sicherung des Friedens. Dies auch deshalb, weil die Sowjetunion darin ihre Bereitschaft bekundet hat, auch über in den SALT-Verhandlungen bisher nicht erfaßte Waffen – zum Beispiel über Mittelstrecken-Waffen – zu sprechen.

Diese Waffen sind, ihrer enormen Vernichtungskraft wegen, für Europa und für andere Regionen eine ebenso existentielle Bedrohung wie für die Großmächte die strategischen Interkontinentalwaffen. Sie dürfen deshalb in einem ausgewogenen System des militärischen Gleichgewichts nicht außer Betracht bleiben. Auch unter diesem Aspekt studieren wir die Vorschläge von Staatspräsident Giscard d'Estaing mit Interesse.

10. *Deutsche Beiträge zur internationalen Sicherheit*

Eingedenk der verheerenden Konsequenzen, die der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg für unser Volk und für viele andere europäische Völker bedeutete, kann niemand unser existentielles Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung in Zweifel ziehen.

Mein Land hat bereits 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, daß die Einhaltung dieser Verpflichtung international überwacht wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hält den Abschluß eines Übereinkommens über ein effektives und umfassendes C-Waffen-Verbot für besonders vordringlich. Sie begrüßt es, daß sich die Sowjetunion und die USA in bilateralen Gesprächen um eine gemeinsame Initiative bemühen.

Sie ist überzeugt, daß sich ein internationales Verifikationssystem unter Einschluß von Ortsinspektionen so ausgestalten läßt, daß die legitimen Interessen von Industrie und Forschung nicht beeinträchtigt werden.

Unsere Erfahrungen als Staat, der auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet und sich hierzu einer internationalen Kontrolle unterworfen hat, sprechen dafür, daß entsprechende Kontrollen wirksam, wirtschaftlich unschädlich und ihre Kosten zumutbar sein können.

Wir sind bereit, unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet allgemein zugänglich zu machen. Ich lade hiermit im Einverständnis mit unserer chemischen Industrie alle interessierten Staaten ein, sich in der Bundesrepublik Deutschland von der Möglichkeit einer angemessenen Verifikation eines Herstellungsverbots zu überzeugen.

Die Bundesrepublik Deutschland hofft, daß die Ausarbeitung eines Vertrages über ein Verbot aller Kernwaffentests bald möglich sein wird. Wir sind bereit, an der seismologischen Verifikation eines umfassenden Teststopps mitzuwirken; unsere Einrichtungen stellen wir zur Verfügung.

Sie erkennen aus dem Vorangehenden, wie mein Land auf vielfältige, vertraglich-verbindliche Weise dem Ziele der Stabilität und Sicherheit durch Rüstungsbegrenzung bereits gedient hat und zu dienen entschlossen ist.

Dem Ziel der Sicherheit durch Gleichgewicht dient der Verteidigungsbeitrag, den die Bundesrepublik Deutschland der Nordatlantischen Allianz als einer ihrer Partner leistet. Dieses kollektive Verteidigungsbündnis ist – angesichts der Gesamtlage Europas – für die Sicherheit meines Landes unerläßlich. Ich betone, daß mein Land seine Streitkräfte voll in die gemeinsame Organisation des Bündnisses integriert hat.

Die Nordatlantische Allianz ist ausschließlich auf den Zweck der gemeinsamen Verteidigung gerichtet. Sie wird in wenigen Tagen erneut ihren Willen zum Gleichgewicht und zur kollektiven Selbstverteidigung, aber ebenso auch zu Entspannung und Rüstungsbegrenzung manifestieren. Sie ist ein zuverlässiger Faktor in der internationalen Sicherheits-Partnerschaft, von der ich vorhin gesprochen habe. Partner vor allem der politischen und der wirtschaftlichen Stabilität ist aber auch die Europäische Gemeinschaft der Neun. Ihr Aufbau stellt eine regionale Antwort auf geschichtliche Erfahrungen und auf die Herausforderungen der Gegenwart dar. Ihr Aufbau war von Anfang an ein wesentliches Ziel der Politik meines Landes.

11. *Stärkung des internationalen Vertrauens*

Angesichts der Schwierigkeiten, zu schnellen Fortschritten der Internationalen, vereinbarten Rüstungsbegrenzung zu gelangen, halte ich eine Offensive der Vertrauensbildung für notwendig. Sie ist auch durchaus möglich.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte von Helsinki haben sich bewährt. Ich meine, sie sollten in Europa für alle verbindlich gemacht werden. Wir begrüßen deshalb die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten, die

in diese Richtung weisen. Darüber hinaus könnten vertrauensbildende Maßnahmen in allen Teilen der Welt dazu dienen, die politischen Voraussetzungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verbessern. Sie sollten jeweilig regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Dabei ist zu denken an die Ankündigung militärischer Übungen, den Besuchsaustausch zwischen Angehörigen der Streitkräfte und die Einladung von Beobachtern zu militärischen Übungen. Solche regionale Vereinbarungen könnten die Grundlage für eine künftige weltweite Konvention über vertrauensbildende Maßnahmen bilden. Wir begrüßen es, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen in dem Entwurf für das gemeinsame Aktionsprogramm enthalten sind.

Die Verwirklichung von Vertrauen kann sich selbstverständlich nicht auf den Bereich der militärischen Sicherheit beschränken. Der Abbau von Mißtrauen, Furcht und Feindschaft ist eine umfassende und universale Aufgabe. Dies ist eine Perspektive, die in die Zukunft weist und die Jugend angeht. Es liegt an uns Älteren, diese Perspektive den jungen Menschen in unseren Ländern nahezubringen. Hier liegt eine Aufgabe von großer Tragweite, die sich die Vereinten Nationen zu eigen machen sollten. Wir sind bereit, einen materiellen Beitrag zu einem Programm der Vereinten Nationen zu leisten, das der Verständigung unter der jungen Generation aller Völker dient. Wir werden dazu im Laufe dieses Jahres auf Grund unserer bilateralen Erfahrungen einen Vorschlag unterbreiten.

12. *Rüstungsbegrenzung und Entwicklung*

Im Zusammenhang mit dieser Sondersitzung ist vielfach hingewiesen worden auf das Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für militärische Zwecke auf der einen und für Zwecke der landwirtschaftlichen, infrastrukturellen und industriellen Entwicklung der großen Mehrzahl der Staaten der Welt auf der anderen Seite. Diese Hinweise sind berechtigt; die Tatsachen lösen berechtigte Sorge aus. Es gibt

leistungsfähige Staaten, die ein großes militärisches Potential besitzen, die dafür einen ungewöhnlichen finanziellen Aufwand treiben – gleichwohl aber auf dem Felde des Transfers von Kapital und Technologie an Entwicklungsländer nur völlig Unzureichendes leisten.

Waffenlieferungen können keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ersetzen. Im Gegenteil:

Das Ausmaß des Transfers von Waffen ist zu einem internationalen Problem ersten Ranges geworden. Präsident Carter hat das Verdienst, im vergangenen Jahr mit großem Nachdruck hierauf hingewiesen zu haben. Die Regelung des internationalen Rüstungstransfers muß bei unseren Bemühungen um Rüstungsbegrenzung einen wichtigen Rang bekommen. Und ich stimme hier Vizepräsident Mondale ausdrücklich zu.

Initiativen hierzu werden dann erfolgreich sein, wenn sich Lieferländer und Empfängerländer gemeinsam auf Zurückhaltung einigen. Zu diesem Zweck unterstützen wir den Vorschlag des Aktionsprogramms, die damit zusammenhängenden Probleme zu untersuchen. Ich spreche mich besonders dafür aus, daß alle am Rüstungsexport beteiligten Staaten sich zur Offenlegung ihrer Lieferungen verpflichten.

Gefahren entstehen allerdings nicht nur durch staatliche Rüstungslieferungen, sondern auch durch kommerzielle Verwertung ausgesonderten militärischen Materials; die Möglichkeiten zur Kontrolle des privaten Handels mit Rüstungsgütern müssen daher in die Untersuchung einbezogen werden.

Ich benutze diese Gelegenheit, um die Politik meines eigenen Landes auf diesem Felde zu kennzeichnen. Wir gewähren grundsätzlich keine Entwicklungshilfe für den Waffenexport. Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses; nach den Analysen des

Stockholmer Friedensforschungsinstituts haben deutsche Waffenlieferungen an die Dritte Welt nur drei Hundertstel Prozent unseres Sozialprodukts betragen; der Anteil an unserer Gesamtausfuhr betrug nach unseren Feststellungen zwei Zehntel Prozent. In internationale Spanngungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu.

Andererseits haben wir unseren Entwicklungshilfehaushalt in massiver Weise erhöht; er beträgt mehr als ein Zehntel unserer Verteidigungsanstrengungen. Wenn dies jeder Staat der Welt von sich sagen könnte, ginge es vielen Menschen in den Entwicklungsländern besser. Wer über seine Verteidigungsnotwendigkeiten hinaus rüstet, der schränkt seine Möglichkeiten zu materieller Hilfe an andere ein.

Materielle Not, Hunger und Armut sind vielerorten unerträglich. Nur eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung dient dem Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine innerstaatliche, sondern ebensosehr eine internationale Notwendigkeit. Wenn es uns gelingt, die Rüstungen zu begrenzen und den Aufwand für militärische Zwecke einzuschränken, so werden dadurch Mittel für zusätzliche Transferleistungen zugunsten der Entwicklungsländer frei werden.

Mein Land wird auch in Zukunft das Ausmaß seiner Entwicklungshilfe steigern. Ich ziehe allerdings vor, statt von Hilfe von wirtschaftlicher Kooperation zu reden. Wir sind nämlich gegenseitig aufeinander angewiesen. Deshalb erwarten wir, daß Solidarität vergolten wird mit Solidarität.

13. *Zusammenfassung*

Wir sehen die Aufgabe darin, die Rüstung – Kernwaffen wie andere Waffen – im Gleichgewicht und nachprüfbar zu begrenzen, gezielt und ausgewogen zu verringern und hoffentlich eines Tages ganz abzuschaffen. Vollständige und international kontrollierte Abrüstung ist das Ziel.

Dieser Prozeß bedarf zu seinem Erfolge einer umfassenden Sicherheitspolitik, für die die folgenden Richtpunkte gelten:

- Politisches, strategisches und militärisches Gleichgewicht;
- Entspannung, Konfliktеindämmung und Interessenausgleich;
- Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung;
- Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens.

Nach dieser Orientierung arbeiten wir engagiert und initiativ in Genf und in Wien an den dortigen Verhandlungen. Diese Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung hat die Chance, die Glaubwürdigkeit der internationalen Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sichtbar zu machen. Wir hoffen, daß sie diese Chance wahrnimmt. Voraussetzung dazu ist, daß wir gemeinsam in der Lage sind, die anstehenden Probleme offen, aber unpolemisch zu diskutieren und unsere Beschlüsse im Konsensus zu fassen. Damit würden wir die Fähigkeit bekunden, im weltweiten Rahmen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit zusammenzuarbeiten.

Hierzu machen wir die folgenden Vorschläge:

Erstens: Unsere Erfahrungen bei der Kontrolle unseres Verzichts auf Herstellung von C-Waffen stehen anderen Nationen zur Verfügung.

Zweitens: Wir stellen unsere seismologischen Einrichtungen für die Verifikation eines vollständigen Teststopps bereit.

Drittens: Wir treten ein für eine Beschränkung des internationalen Transfers von konventionellen Waffen.

Viertens: Wir treten ein für die Schaffung von Vertrauen durch größere Transparenz bei militärischen Aufwendungen und bei militärischen Aktivitäten.

Fünftens: Wir werden unser Ziel erst erreicht haben, wenn die Völker selbst Vertrauen zueinander haben. Hierbei wird es besonders auf die Jugend ankommen. Deshalb treten wir dafür ein, daß die Vereinten Nationen sich konkret damit befassen, wie die Jugend der Völker in nähere Kontakte zueinander gebracht werden kann.

Allumfassende Konzepte zur weltweiten Abrüstung haben nach aller Erfahrung keine Aussicht auf Erfolg. Wir brauchen statt dessen viele einzelne Fortschritte – einen nach dem anderen. Und alle im zähen Willen zum Ausgleich der Interessen.

Wer den Kompromiß prinzipiell verwirft, der taugt nicht zum Frieden. Wer anderen nicht entgegenkommen will, der wird selbst kein Entgegenkommen finden. Wer Feindbilder und Vorurteile pflegt, der wird selbst als Feind angesehen werden.

Es gibt zu viele Feindschaften auf der Welt. Was wir statt dessen brauchen, ist Partnerschaft. Sie muß aus der Erkenntnis entspringen, daß keiner allein seine Sicherheit und seinen Frieden sichern kann.

Die geschichtlichen Erfahrungen der Völker unterscheiden sich voneinander, ihre Ideologien noch viel stärker. Mich hat das Erlebnis des Weltkrieges zum engagierten Mitglied einer politischen Bewegung meines Volkes gemacht, die seit 115 Jahren für Rüstungsbegrenzung kämpft. Seit zwanzig Jahren habe ich mich mit Zähigkeit, mit Realismus und mit Engagement für dieses Ziel verwendet.

Weil ich weiß: die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen. Wir Deutsche wissen: dies zu verhindern, ist zu einem wichtigen Teil unsere Aufgabe.

Die Welt kann darauf vertrauen: Wir Deutsche wollen und wir werden dieser Aufgabe dienen.

AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG DER GESCHICHTE

ANSPRACHE
AUF DEM 32. DEUTSCHEN HISTORIKERTAG
IN HAMBURG
AM 4. OKTOBER 1978

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrter Herr Professor Ritter!

Herkömmlicherweise ist es ein Vorrecht der Historiker, Gedanken über handelnde Politiker und über die Bedingungen ihres Handelns zu äußern, Gedanken, die zu kritischen Urteilen führen. Mit ihrer heutigen Einladung geben Sie mir die Gelegenheit, die Perspektive umzudrehen und als handelnder Politiker über Geschichte, über die Probleme von Historikern zu sprechen.

Nicht daß ich meinte, die Welt der Praxis schuldete der Welt der Theorie eine Revanche für mancherlei Fehlurteile in der Vergangenheit oder in der Gegenwart. Aber es könnte nützlich sein, wenn aus der Sicht aktiver politischer Verantwortung Fragen gestellt werden oder Fragen beleuchtet werden, die sich für Sie in der fachlichen Beschäftigung mit der Geschichte und mit deren Vermittlung ergeben.

Ich glaube, daß aus diesem Grunde Bundespräsident Walter Scheel vor zwei Jahren zu Ihnen gesprochen hat; und jedenfalls stehe ich aus diesem Grunde vor Ihnen – wobei ich im Gegensatz zu Herrn Dr. Grolle als geborener und natürlich geschichtsbewußter, geschichtsstolzer Hamburger hier stehe. Und wobei ich, abermals im Gegensatz zu Herrn Dr. Grolle – und ich bekenne das vorweg, weil ja manches sicherlich nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen kann, was ich zu sagen beabsichtige –, hier nicht als Historiker stehe, sondern als ein zeitweilig begeisterter Konsument Ihrer geistigen Arbeit.

I.

Ich bin überzeugt, daß Geschichte nicht nur Historiker etwas angeht, daß sie vielmehr jeden Bürger betrifft, jedenfalls jeden, der seine Pflichten in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat ernst nimmt, und daß sie deswegen nicht nur eine Forschungsdisziplin, sondern mit Recht auch ein Schulfach ist. Historiker sind zwangsläufig, ob sie es nun wahrhaben wollen oder nicht, zugleich Erzieher.

Es wird vielfach heute Klage geführt, daß der Geschichte in der Schule nicht genug Platz eingeräumt werde. Eben hat hier gerade ein Schulminister damit geprunkt, daß er dabei ist, das zu bessern. Zugrunde liegt ja der allgemein in unserer Gesellschaft verbreitete Eindruck, es mangele allenthalben an Geschichtskenntnis, an Geschichtsvorstellungen. Ich selber habe übrigens in den drei Jahren, in denen ich Oberbefehlshaber der Bundeswehr war, sehr deutlich bei den jungen Soldaten in der Bundeswehr gespürt, daß dem tatsächlich so ist. Nun liegt das allerdings auch schon wieder sieben, acht, neun Jahre zurück.

Walter Scheel hat vor zwei Jahren vor Ihnen die Sorge ausgesprochen, wir könnten im Begriffe sein, ein geschichtsloses Land zu werden. Solche Besorgnisse teile ich tendenziell; ich kann mich noch nicht überzeugen lassen durch das Zitat, das hier vorhin von Hermann Lübbe stammend vorgebracht worden ist.

Aber zunächst einmal möchte ich zurückfragen: Ist eigentlich die Kette dieser Besorgnisse, dieser Klagen in sich so kohärent, wie sie klingt oder wie sie klingen gemacht wird? Ergibt sich wirklich oder hat sich wirklich das eine aus dem anderen ergeben? Wenn ich z. B. an meinen eigenen Geschichtsunterricht zurückdenke, den ich in der Schulzeit genossen habe, so stelle ich fest, daß meine eigenen Geschichtskenntnisse, jedenfalls soweit sie in der Jugendzeit erworben worden sind, keineswegs nur auf die von mir durchaus geliebten Stunden im Schulfach Geschichte zu-

rückzuführen sind, eher zum kleineren Teil. Was ich dagegen im Geschichtsunterricht tatsächlich erworben habe, war zweierlei: erstens – und das werden Sie, soweit Sie Pädagogen sind, als in Ordnung und nicht überraschend finden–, vielfältige Anregung zum eigenen Lesen und Arbeiten; vor allem aber zweitens – und dies ist, denke ich, überraschend–, die Fertigkeit zu diskutieren, vor allem eine gewisse Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit vorgefaßten Meinungen. Ich werde diese Anstöße aus meiner eigenen Schulzeit nie gering schätzen, den mir der übrigens nicht gerade sehr systematische Geschichtsunterricht – meine Schulzeit endete 1937 – an der Hamburger Lichtwarkschule gegeben hat und der in mir ein lebenslanges Interesse an geschichtlichen Entfaltungsprozessen ausgelöst hat.

Ich möchte nicht ohne weiteres folgern, daß die Misere des in unserer Gesellschaft heute in der Tat schwachen historischen Bewußtseins nun im wesentlichen auf mangelhaften Geschichtsunterricht in der Schule zurückzuführen ist. Das glaube ich nicht. Dies ist ein weites Feld, das ich jetzt nicht ganz beackern kann. Allerdings glaube ich auch nicht, daß die Schulen tatsächlich kohärente geschichtliche Vorstellungen auch nur im Umriß vermitteln können – bei aller Mühe und bei aller Arbeit und bei aller Liebe nicht nur zum Fach, sondern auch zum Schüler oder zur Schülerin. (Die Lacher haben mich mißverstanden. Ich sehe dort allerdings einen Herrn sitzen, der seine Schülerin geheiratet hat.) Ich glaube nicht, daß bei aller Liebe die Schulen tatsächlich kohärent geschichtliche Gesamtvorstellungen vermitteln können, auch nur im Umriß: etwa von Lascaux bis zum Bauhaus; oder von den Verfassungen der griechischen polis bis zu den russischen Zaren und Wilhelm II., bis zu Stalin und bis zu Hitler, den z. Z. doch erratischen Weg bis zum modernen demokratischen Verfassungsstaat; oder den Weg von der Entstehung der Schriften bis zu den heutigen Computer-Sprachen; oder den Weg von der Weltwirtschaft der Phönizier oder des römischen Weltreichs bis zu den prägen-

den Erfolgen und Zusammenbrüchen der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert; oder das Auf und Ab einerseits der Optimierungen, andererseits der Unterdrückung von Antworten auf die sich stets anders stellende soziale Frage; oder die verwirrende Diskontinuität und Vielfalt der Weltbilder, der Menschenbilder; die Entstehung unserer heutigen Pluralität; oder den Humus der Klassik, des Christentums, des Mittelalters, der Auklärung und der geistigen Säkularisierung der letzten beiden Jahrhunderte.

Ich glaube, daß all dies sich denjenigen Bürgern, die nicht ein spezielles Interesse entwickeln, daß dies alles sich der großen Mehrzahl nur im Laufe eines ganzen Lebens und auch nur in sehr vagen Umrissen erschließen kann. Die Schule aber soll von alledem zugleich eine Ahnung herstellen und Wißbegierde wecken. Und sie soll zugleich das Wissen um die Fallibilität der sich entwickelnden Menschheit ahnen und das Wissen von ihren Erfolgen ebenso ahnen lassen. Sie soll von der Interdependenz der Geschichte der europäischen Völker und Staaten eine Vorstellung vermitteln, aber ebenso von der übernationalen Symbiose von Sprachen, von Denkschulen, Kirchen, Kunst, aus der Europas Zivilisation nun einmal entstanden ist und ohne welche sie niemals so hätte entstehen können.

Liebenswürdigerweise schicken mir einige bisweilen Bücher, die sie herausgeben oder die sie geschrieben haben, und dadurch habe ich rudimentäre Einblicke hier und da. Ich glaube, gute Ansätze sind in der Schuldidaktik durchaus zu sehen. Dazu zählen für mich auch solche Bemühungen wie diejenige der hamburgischen Kurt-Körber-Stiftung, mit ihren Schülerwettbewerben zur Förderung des Geschichtsbewußtseins beizutragen.

Übrigens darf ich Ihnen hier ein Kompliment aussprechen für eine, wie ich glaube, fabelhafte Idee. Hoffentlich ist sie dann auch im Ergebnis noch immer fabelhaft, nämlich den Versuch des Hospitierens von Kongreßteilnehmern im normalen Geschichtsunterricht hamburgischer Schulen. Das

gegenseitige Hospitieren ist ja nicht überall beliebt, was nicht nur für Lehrer gilt, sondern auch für Professoren. Eine fabelhafte Idee!

Aber all das, was ich versucht habe, als Umrisse zu zeichnen, die man im Glücksfall im Laufe seines ganzen Lebens vage in seine Vorstellung bekommt – dies alles nun von der Schule zu verlangen, heißt wahrscheinlich schon zuviel verlangen. Und deswegen möchte ich hier zwei Bemerkungen einschieben, die genauso subjektiv sind und ausschließlich auf eigener Lebenserfahrung, auf eigener politischer Erfahrung beruhen wie alles andere, das ich hier vortrage, nicht aber auf fachlich-disziplinär erworbenem Wissen.

Erstens: ich denke, der Geschichtsunterricht allein kann selbst diese von mir für wünschenswert gehaltenen vagen Umrisse einer Gesamtvorstellung kaum leisten, jedenfalls gilt das mit Sicherheit sogar für die Hauptschule. Deshalb sollten jedenfalls alle Schulfächer am Entstehen des Mosaiks mitwirken. Dies trägt dann übrigens auch zum Erfolg des jeweils eigenen Faches bei. Wer Englisch lernt, ohne von der Magna Charta oder von Cromwell oder von der Bill of Rights oder von Roosevelt oder Churchill zu hören und zu lernen, dessen Lehrer hat seine Aufgabe nicht verstanden. Wer Mathematik und Physik und Chemie und Biologie in der Schule lernt, ohne eine Ahnung vermittelt zu bekommen von der zweieinhalbtausendjährigen Entfaltung des naturwissenschaftlichen Weltbildes, dessen Lehrer haben ihre Aufgaben nicht erkannt. Wer Französisch lernt, ohne gleichzeitig eine Ahnung zu bekommen von der unmittelbaren Aufeinanderfolge von Ludwig XVI. und der Französischen Revolution und Napoleon und der Gründe für dieses unmittelbare Folgen, dessen Lehrer hat eine wichtige Chance vergeben. Wer im Geschichtsunterricht den Bogen zurück von Hiroshima zum Dreißigjährigen Kriege nie vorgezeichnet bekommen hat, oder von den vielen anderen Bögen, über die zu reden sein würde, sagen wir den Bogen vom Freiherrn vom Stein über 1848 bis nach Weimar

und bis nach Bonn nicht zu erkennen gelernt hat, dessen Lehrer, dessen Geschichtslehrer in dem Fall, haben eine wichtige Chance vertan. Und wer im Religionsunterricht nicht sowohl von Thomas als auch Ignatius, von Luther und, erschrecken Sie nicht, von Lenin und von Johannes XXIII. etwas gehört hat, dem ist Wichtiges vorenthalten worden.

Zweitens: Jeder Lehrer unter Ihnen weiß, wie viele sogenannte Miterzieher es gibt. Es gilt ja auch hinsichtlich der Studenten, bei deren Formung des historischen Bewußtseins ganz erhebliche außeruniversitäre Kräfte wirksam sind. Die Wirkungen der Massenmedien, allen voran des Fernsehens, auf das Geschichtsbewußtsein der Gesellschaft schlechthin können gar nicht hoch genug veranschlagt werden. In diesem Zusammenhang sage ich den Professoren und den Assistenten auf unseren Hochschulen: Manchen der Geschichte studierenden jungen Menschen sollte vor Augen gestellt werden, daß möglicherweise ihre persönliche Aufgabe, wenn sie ihr Studium beendet haben, im Fernsehen liegen könnte oder in den Redaktionen und in der Mitarbeit bei Zeitungen und Zeitschriften oder in der Erwachsenenbildung. Ihnen selbst, meine Damen und Herren, den Fachgelehrten, möchte ich die dringende Bitte ans Herz legen: Sorgen Sie und erkennen Sie als ernste Aufgabe die Sorge für eine fachlich einwandfreie populärwissenschaftliche historische Literatur – einschließlich der Bilder und Tabellen und Karten – und was alles dazu gehört, um es dem normalen Publikum attraktiv genug zu machen. Das muß nicht unbedingt in teuren Prachtbänden geschehen, wenngleich ich z. B. die schöne Geschichte Europas im Propyläen-Verlag als ausgesprochen verdienstvoll empfinde.

Zusammenfassend: Ich glaube nicht, daß man allein die Schule verantwortlich machen darf – sie soll sich auch nicht für allein verantwortlich halten – für allgemein in der Gesellschaft aufscheinende Defizite an historischem Wissen und am Rückbezug heutiger Umstände auf ihre geschichtliche

Entstehung. Ich denke, wir sollten vorsichtig sein bei allzu engen Verknüpfungen von Defiziten. Aus der Perspektive des Fachhistorikers spielen bei der Erklärung von Nöten im Bereich der Geschichte selbstverständlich solche Sorgen – aber bitte machen Sie sich selber darüber keine Illusion: eben auch eigenen Interessen! – eine Rolle, die sich im eigenen Berufsfeld bilden. Man soll solche Sorgen ernst nehmen. Ich tue das. Aber als Nichthistoriker gebe ich zu bedenken, daß Geschichte nicht nur aus einer Berufsperspektive heraus zu debattieren ist. So wie – wenn Sie mir einen sehr annäherungsweisen Vergleich erlauben – die Stärke oder die Schwäche des Glaubens zu keiner Zeit nur eine Frage der Theologen war, so scheinen mir Stärke oder Schwäche des historischen Bewußtseins keineswegs nur eine Frage der Geschichtswissenschaft oder des Geschichtsunterrichts zu sein.

Nachdem dies alles gesagt ist, zögere ich nicht, zu betonen, daß die Verantwortung der Fachhistoriker für unser aller Bildung mir von zentraler Bedeutung erscheint. Ich will Ihnen gerne gestehen, daß ich Sie bisweilen im Laufe meines Lebens um Ihren Beruf beneidet habe.

Clemenceau wird das Wort zugeschrieben, daß der Krieg eine zu wichtige Sache sei, um ihn den Generälen allein zu überlassen, aber er hat die Generäle ja gleichwohl benötigt. Übertragen Sie das auf Ihr Fach! Ich füge hinzu: Die Kompetenz von einigen Tausenden – wenn ich es richtig verstanden habe, einschließlich aller Geschichtslehrer sogar von mehr als zehntausend – geschichtswissenschaftlich geschulten Fachkräften ist ein großes Kapital, mit dem gearbeitet werden muß.

Bei nur sehr begrenztem Einblick in die Diskussionen Ihres Faches weiß ich, daß die Frage des Gegenwartsbezuges der Geschichte in den Reflexionen Ihres Faches naturgemäß eine große Rolle spielt. Sie haben die Frage erörtert, wie weit sich die Geschichtswissenschaft von aktuellen Interessen und Fragestellungen leiten lassen darf. Sie haben die Aufga-

ben debattiert, die sich dem Fach Geschichte in der modernen demokratischen Gesellschaft stellen. Mir scheint wichtig, diese Art von Diskussionen nicht versanden zu lassen – auch dann nicht, wenn die Hektik der politischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen eine Sehnsucht nach ruhigeren Gefilden der Forschung hat aufkommen lassen, und dies nicht nur hier oder dort! Eine sich Gegenwartsfragen aufschließende Geschichtswissenschaft ist zweifellos exponierter als eine, die z. B. aus Berührungsängsten sich auf sich selbst zurückzieht. Mut bleibt auch in Zukunft notwendig. Pseudopolitische und pseudowissenschaftliche Aktivitäten können sich leicht dort entfalten, wo verantwortliche Politik oder wo verantwortliche Wissenschaft zuvor das Feld geräumt hat oder zuvor das Feld unbestellt gelassen hat. Man begegnet dem wirksam nur dann, wenn man sich selbst den Konflikten stellt, die sich aus den Fragen der Gegenwart und aus den Fragen an die Gegenwart ergeben. Und zweifellos ist hier eine Zusammenarbeit mit z. B. der politischen Wissenschaft, mit der Sozialökonomie (um einen Ausdruck Max Webers wieder aufzunehmen, den ich bei weitem für den besten halte von all denen, die für die Ökonomie ansonsten geprägt wurden; ich rede ganz gern anstelle von Nationalökonomie von „Internationalökonomie", aber mehr um des heuristischen Effektes wegen und weniger, weil ich das für eine präzise Definition halte), es ist also zweifellos die Zusammenarbeit mit der politischen Wissenschaft, mit der Sozialökonomie und auch mit der Soziologie geboten.

Freilich, eine sich so verstehende Geschichtswissenschaft scheint mir zu ihrem Bildungserfolg, den sie bezwecken soll, drei Bedingungen erfüllen zu müssen. Sie muß an der Bewältigung der Orientierungsschwierigkeiten unserer Tage teilnehmen; sie muß ihre Bindung an den Bestand gemeinsamer Grundwerte zu erkennen geben: und sie muß ihre Verpflichtung zu Toleranz und Meinungspluralismus ernst nehmen und darin sogar Vorbilder setzen.

Dies alles ist viel leichter gesagt, als man es im Beruf leisten kann. Ich brauche keine Phantasie, um mir vorzustellen, daß der Prozeß z. B. der Einführung neuer Hochschulverfassungen in den letzten zehn Jahren – der ja übrigens ein Prozeß von trial and error ist; in diesem Hinweis sollte für Sie, meine Damen und Herren, Hoffnung beschlossen sein –, ich brauche keine Phantasie, um mir vorzustellen, daß dieser Prozeß für den Wettstreit der wissenschaftlichen Positionen untereinander auch negative Folgen mit sich gebracht hat. Häufig, glaube ich zu erkennen, wird bei Gremienwahlen oder bei Berufungen die Berücksichtigung einer konkurrierenden, im Wettstreit liegenden Position erschwert, gar verhindert, und das Kräftespiel der hochschulpolitischen Mehrheitsbildung oder des ideologischen Streits droht an manchem Ort den theoretischen Pluralismus zu ersticken.

Ich habe gehört – ich kann es nicht selbst beurteilen –, daß solche Gefahren einer Einengung des pluralistischen Spektrums in unseren westlichen Nachbarländern geringer seien als bei uns. Während bei uns in mancher Hinsicht die Gefahr heraufzieht, daß die Landkarte der Hochschulen ähnlich fleckig wird wie die Konfessionskarte Deutschlands nach der Reformation – hie rechts, hie links –, scheint in unseren Nachbarländern mehr Sinn dafür zu bestehen, daß Positionsunterschiede an ein und derselben Hochschule nicht nur möglich, sondern daß sie fruchtbar und deswegen notwendig sind. An manchen Universitäten, jedenfalls großen Universitäten im Ausland, wird offenbar geradezu Wert darauf gelegt, daß große, die Meinungsbildung auslösende Ereignisse wie die Französische Revolution oder die Oktoberrevolution in Rußland zugleich von verschiedenen Ansätzen aus, durch verschiedene Lehrpersonen betrachtet, beleuchtet, in unterschiedlicher Perspektive gedeutet werden. Es scheint mir, daß eine Territorialisierung des Pluralismus, nach dem Leitsatz: Cuius regio eius religio – die schlechteste aller denkbaren Lösungen für das Pluralismusproblem wäre.

An dieser Stelle sage ich als Politiker fest überzeugt und ohne Hemmungen wegen meiner mangelnden Historikererfahrungen oder -kenntnisse: Die Pluralität der Meinungen und Positionen muß allen Widerständen zum Trotz bejaht und auch tatsächlich verwirklicht werden!

Es war eine bedenkliche und übrigens politisch folgenschwere Fehlentwicklung, daß die deutsche Geschichtswissenschaft, wie mir scheint, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sich in zunehmendem Maße nicht-angepaßten Minderheiten verschlossen, andersdenkende Köpfe, wenn möglich, von den Lehrstühlen ferngehalten hat. Und Sie werden es einem sozialdemokratischen Bundeskanzler nicht verübeln, wenn er an die Eingeschränktheit der Laufbahnchancen erinnert, welche etwa die Gegner des Bismarckschen Staates, wie Sozialdemokraten, Linksliberale, aber auch Zentrumskatholiken, in Deutschland über lange Strecken zu erleiden hatten.

Nun hat sich gottlob nach den beiden Weltkriegen, insbesondere nach dem letzten, manches gewandelt. Die benachteiligten Positionen von einst haben Anerkennung gefunden. Aber dem Pluralismus sind inzwischen neue Schwierigkeiten entstanden. Ich gebe zu, sicherlich wird nachher in der Pause gesagt werden: dabei spiele auch die heutige Stellenknappheit an den Hochschulen eine Rolle, die der unmittelbar voraufgegangenen Stellenopulenz gefolgt ist. Ich weiß: Die Konkurrenz wird natürlich härter, so daß nicht nur die Schwächeren, sondern auch die Nonkonformisten Gefahr laufen, auf der Strecke zu bleiben.

Heute stellt sich wie an vielen Stellen der Gesellschaft die Frage, wie die Probe der Toleranz zu bestehen sei. Ohne Toleranz – und ich spreche von der Toleranz aus gegenseitiger Achtung und nicht aus der Toleranz der Gleichgültigkeit gegenüber dem, was der andere schreibt –, ohne Toleranz aus gegenseitiger Achtung ist Wissenschaft vom Menschen in einer – ich nehme das Wort noch einmal auf – pluralistischen demokratischen Gesellschaft nicht möglich.

Ich las vorgestern in Vorbereitung auf das, was ich ihnen hier versuche vorzutragen, in einem ansonsten sehr lesenswerten Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu Ihrem Historikertag das Wort – und ich zitiere wörtlich – von einem „einigermaßen verbindlichen Geschichtsbild", welches – und ich zitiere das nächste Wort wiederum wörtlich – „wieder" entstehen solle. Ich muß Ihnen sagen, ich kann mir weder ein verbindliches noch ein einigermaßen verbindliches Geschichtsbild vorstellen – genausowenig wie ich mir 1969 oder 1970 als Verteidigungsminister vorstellen konnte, was eigentlich bezweckt wurde, wenn damals in einer militärischen Denkschrift verlangt worden war, es müsse der Erziehung der Soldaten in der Bundeswehr ein verbindliches Menschenbild zugrunde gelegt werden. Sie lachen, aber in solchen unbeabsichtigten Kommentaren und in solchen blauäugig und sehr wohlmeinenden und sehr idealistisch vorgebrachten Forderungen schlägt sich das nieder, was ich vorhin die Misere vom mangelnden Geschichtsbewußtsein genannt habe.

Verbindlich – und zwar nicht einigermaßen, sondern ohne irgendwelche Einschränkungen und ohne irgendwelches Epitheton verbindlich! – ist für Lehrer und Soldaten das Grundgesetz. Verbindlich ist für die Wissenschaft der Wille zur Wahrheit. Aber die Normen des Grundgesetzes enthalten mit voller Absicht, aus historischer Erfahrung gewonnener Absicht, das Grundrecht der Meinungsfreiheit und keinerlei Vorschriften über Meinungsverbindlichkeit. Und der wissenschaftliche Wille zur Wahrheit führt ja auch, teils zeitlich nacheinander, teils gleichzeitig und am selben Tage, zu sehr verschiedenen Antworten. Das muß auch so sein.

Dieses Plädoyer für Toleranz und für Meinungspluralismus, das ich hier halte, geht über den Rahmen eines Fachkongresses weit hinaus, wenngleich ich im Kreise der Historiker auf eine zustimmende Resonanz gehofft habe, die stellenweise ja auch schon hörbar geworden ist. Einheit kann sich bestenfalls, jetzt philosophiere ich vor mich hin, nur aus der

Vielfalt ergeben. Prä-postulierte Einigkeit ist kein Wert an sich, kann dagegen sehr wohl zu einer schlimmen Gefahr werden.

Geschichte zu schreiben oder Geschichte zu lehren umschließt die Möglichkeit, die ungeheure Vielfalt von Traditionen und Positionen im Wandel der Zeiten zu vergegenwärtigen, den Reichtum an verschieden geprägten Kräften ins Bewußtsein zu heben, aber ebenso auch deutlich zu machen, wie rasch Toleranz und wie rasch Meinungsfreiheit verlorengehen können und wie gefährdet Freiheit und Humanität immer waren und nach all diesen bisherigen geschichtlichen Erfahrungen auch in Zukunft bleiben werden.

II.

Ein Wort möchte ich sagen über den Beitrag der Geschichtslehre zum rechten Verständnis der Demokratie, d. h. nicht nur ihrer Vorzüge und Möglichkeiten, sondern ebenso ihrer Begrenztheiten.

Ich denke, sozialökonomische Strukturgeschichte ist unumgänglich notwendig. Allerdings führt sie nur schwerlich zur Erkenntnis von der Notwendigkeit der Demokratie. Dies letztere mag von der Geschichte der geistigen Strömungen schon eher geleistet werden. Aber ebenso gehört sicherlich die Ereignisgeschichte dazu, ebenso die Biographie. Eine einseitig sozialstruktur-orientierte Geschichtsdeutung, bei der die dramatis personae und ihre individuelle Verantwortung völlig hinter den strukturellen ökonomischen Faktoren zurücktreten, hinter den Ständen und den Klassen und den Wirtschaftsordnungen und deren Eigendynamik, bei der die Personen dahinter völlig verschwinden, die kann nun in der Tat bei dem, der zuhört oder liest, ein Erklärungsvakuum entstehen lassen, in das dann rein personalisierende Deutungsversuche, wie z. B. der heutige subkulturelle Hitlerkult, ohne große Mühe einströmen kann. Und umgekehrt wird mit der Inflationierung des Faschismusbegriffs (nicht nur im allgemeinen, sondern sogar im wissenschaftlichen

Sprachgebrauch!) sicher keine Klarheit über die Probleme der Zeitgeschichte hergestellt. Das gilt genauso für den Begriff des Antifaschismus. Das sind heute Begriffe, die die Welt eher vernebeln, aber nicht klären.

Das düstere Kapitel jüngster deutscher Geschichte ist vor lauter Theorien und Überschriften für viele der heute Erwachsenen noch immer ein Bild ohne ausreichend klare Kontur. Viele der jüngeren Zeitgenossen haben sehr verschwimmende Vorstellungen über jene Zeit, und der Handel mit Hakenkreuzsymbolen und Schallplatten mit Reden aus jener Zeit und Schundliteratur macht Umsätze. Es gibt zu denken, daß andererseits Versuche, Hitler zu erfassen und ihn damit zu entdämonisieren, wenn ich es richtig sehe, in letzter Zeit nicht von Historikern, sondern von historisch versierten Journalisten kommen; ich rede von Joachim Fest und von Sebastian Haffner.

Es gibt auch zu denken, daß manche unserer jüngeren Zeitgenossen – das habe ich erst jüngst im Bundestag erlebt – den Widerstand gegen den Tyrannen, den Diktator immer noch nur sehr schwer verstehen und daß einige ihn gar nur dann gelten lassen und nur dann achten wollen, wenn und soweit der Widerstand geleistet wurde von Menschen, deren damalige politische Vorstellung den heute Urteilenden passabel erscheinen will. Tatsächlich kam der Widerstand sowohl von Konservativen als auch von Liberalen, sowohl von Sozialdemokraten als auch von Kommunisten; er kam von Aristokraten und von Arbeitern; er kam von Christen und von Freidenkern. In Frankreich oder in Italien käme überhaupt kein gebildeter Mensch auf die absurde Idee, den Anteil damals kommunistisch denkender Menschen am Widerstand geringzuachten oder ihn gar aus der Geschichte zu streichen. Im Gegenteil.

Wer solche Dummheiten nicht mitmacht, sondern wer mit Recht etwa der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auch ihrer für den ersten deutschen Demokratieversuch schicksalsträchtigen Gespaltenheit einen festen Platz

in der Geschichte gibt oder gegeben hat, der muß deswegen ja weder Sozialdemokrat sein noch Kommunist. Und wer Bismarcks außenpolitische Kunst darstellt und vielleicht bewundert, der muß deswegen nicht Bewunderer seiner gefährlichen Innenpolitik und seiner Sozialistengesetzgebung werden. Mir scheint wertungsfreie Geschichte kaum möglich. Aber andere als meine eigenen Wertungen müssen ebenso zu Gehör kommen, und dafür muß ich selber mit sorgen. Und jeder von uns möge sich seiner zeitbedingten, situationsbedingten Optik bewußt bleiben. Ich denke, daß schließlich die meisten Historiker unter den Zeitgenossen Bismarcks dessen Illiberalität wahrscheinlich auch deswegen nicht kritisch erkennen konnten, weil sie eben durch die Brillen ihrer Zeit schauten.

Ich z. B. mußte 59 Jahre alt werden, um am 17. Juni dieses Jahres Walter Scheels Bewertung und Einordnung des Reichsmythos und seiner Wirkung auf die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Deutschen als sehr erhellend und deshalb dankbar zu empfinden. In meiner eigenen Schulzeit und, ich vermute, in der Schulzeit mancher derer, die hier – verschiedenen Generationen angehörend – sitzen, wäre eine solche Geschichtsbetrachtung durch einen so hohen Repräsentanten des Staates undenkbar gewesen.

Wir Deutsche, meine Damen und Herren, haben die Demokratie nicht erfunden. Wir haben auch den Nationalstaat nicht erfunden. Wir haben auch nicht als erste die Staatsnation geschaffen. Heute sind wir in Gefahr, Nationalstaat und Staatsnation in ihrer Bedeutung zu überschätzen und dann auch noch zu überfordern.

In dem Zusammenhang möchte ich die Bitte aussprechen, daß wir die Demokratie nicht überfordern, daß wir sie nicht mit Erwartungen überfrachten, mit Erwartungen, die sie nicht erfüllen kann. Schon Thukydides hat davor gewarnt, daß Demokratie nicht zum Staat der ewig Unzufriedenen werde.

Ich möchte sehr frei nach Winston Churchill sagen: Demokratie als Gesinnung einer Gesellschaft, Demokratie als Form eines Staates ist nach aller geschichtlichen Erfahrung und nach allen Ergebnissen unseres heutigen staatspolitischen, staatstheoretischen Denkens das Beste, was wir haben können. Darin werden die meisten hier übereinstimmen. Aber man darf nicht unterschlagen: Demokratie bleibt auch immer Menschenwerk, allzu menschliches Menschenwerk. Die naive Idealisierung der Demokratie durch alliierte und durch selbstgemachte re-education, wobei die selbstgemachte re-education an manchen Schulen bis in die 60er Jahre gedauert hat – die naive Idealisierung der Demokratie, die damals durch Marshall-Plan und Erfolg in unserem wirtschaftlichen Neuaufbau gestützt und gefördert wurde, hat dann zwangsläufig angesichts des scharfen Kontrastes zwischen dem idealisierten Modell und der vorgefundenen Wirklichkeit, die dann auch noch kritisch überzeichnet wurde –, hat zwei Jahrzehnte nach Kriegsende bei einem wichtigen Teil der akademischen Jugend eine Desillusionierung und darüber hinaus sogar einen gefährlichen Kollaps der politischen Ratio zur Folge gehabt. Dieser Kollaps ist geistig nur teilweise überwunden, und bei einigen hat er lediglich resignativer Anpassung Platz gemacht.

Mich erschreckt oft, wie vielerorts die Anspruchshaltung steigt, während zugleich die Beitragshaltung der Bürger stagniert oder gar schwindet. Dies ist ein Problem, zu dessen Abhilfe auch Sie, meine Damen und Herren, beitragen können. Mit der Demokratie und mit dem öffentlichen Wohl ist es wie auf dem Felde des Landwirts. Man muß ackern und säen und düngen, wenn man ernten will. Demokratie und res publica laufen nicht von allein, sie brauchen jeden von uns, sie brauchen jeden von uns – auch als Erzieher! Zu dieser Erziehung zur Demokratie gehört, daß wir die Menschen auch aufschließen müssen zum Verständnis für die Schattenseiten der Demokratie, für das, was sie nicht leisten kann. Insgesamt müssen wir dahin erziehen, daß trotz aller

Schattenseiten unsere Menschen die Bereitschaft entfalten, notfalls für die Demokratie ihr Leben zu wagen.

Ich erachte es z. B. als einen unvermeidbaren, aber deswegen keineswegs zu verschweigenden Mangel, daß die Demokratie Prämien ausstellt für denjenigen Politiker, der sich besser als der andere der Öffentlichkeit genehm zu machen weiß. Dies ist seit Athen, seit zweieinhalbtausend Jahren ein Geburtsfehler, den kann man nicht beseitigen, der bleibt so. Deswegen wird ja auch in Wahlkämpfen manchmal Unsinn geredet. Ich halte es für einen unvermeidbaren, aber keineswegs dem Verschweigen anheimfallen dürfenden Mangel, daß Demokratie nicht unbedingt die Durchsetzung des Richtigen bewirkt, sondern vielmehr nur die Durchsetzung dessen, was von der Mehrheit für richtig angesehen wird zu dem Zeitpunkt, in dem die Mehrheit entscheidet. Ich halte es für unvermeidbar, daß in der Demokratie die Meinungsfreiheit nicht nur zur Lehre von gemeinsamen Grundwerten und anderen richtigen, guten oder schönen Dingen genutzt werden kann, sondern durchaus auch genutzt werden darf zur Verbreitung von Wert-losen Meinungen – wertlos in jederlei Sinn, der diesem Worte unterlegt werden kann. Demokratie ist Launen ausgesetzt.

Dies alles muß auch vermittelt werden. Man kann nämlich auf die Dauer nicht nur die Personen, sondern auch die Demokratie nur lieben in eingestandener Erkenntnis auch der Unvollkommenheit dessen, mit dem man es zu tun hat.

Demokratie darf nicht unkritisch als Lehre von der alten Harmonie mit neuer Kulisse im Hintergrund verstanden oder gelehrt werden. Ich teile Walter Scheels Skepsis gegen diesen deutschen Harmoniewahn voll und ganz. Natürlich kann es Harmonie in dieser Gesellschaft nicht geben. Demokratie ist von der Definition her erstens immer auch Konflikt, allerdings begrenzter Konflikt; und Demokratie ist zweitens von der Definition her verfassungsrechtlich institutionalisierte Konfliktregelung. In den späten 60er Jahren gingen die eben apostrophierten Enttäuschten daran, an die

Stelle der ihnen zwar verkündeten, aber nicht tatsächlich vorgefundenen Harmonie den totalen Konflikt zu setzen. Sie wurden dann sogar auch noch ermuntert, den Konflikt mit ihren eigenen Fäusten zu regeln. Ein schwerer Rückschlag, aus dem Erzieher, Politiker, aber auch Professoren und Lehrer gleicherweise zu lernen haben. Romantisierende Verklärungen rächen sich. Einigkeitsmythen und Harmoniegesänge rächen sich.

Natürlich muß andererseits, wenn ich bei Karl Popper eine Anleihe machen darf, die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde verteidigt werden. Ich warne dabei vor einem Übermaß an Perfektion. Die Gründlichkeit, mit der mancherorts nach Gegnern unserer Ordnung gesucht, der psychische Flurschaden, der mancherorts dabei angerichtet wird, kann erschrecken. Hüten wir uns davor, meine Damen und Herren, an die Stelle eines abstrakten übergesellschaftlichen Staatsbegriffs nun einen, wenn ich Karl Bracher folgen darf, „abstrakten übermenschlichen Demokratiebegriff" zu setzen. Irren muß erlaubt bleiben. Gerade in Deutschland muß Irren erlaubt bleiben. Es kann in der offenen Gesellschaft kein einheitliches, kein richtiges Geschichtsbild geben. Die beiden Male in diesem Jahrhundert, die beiden kurzen Epochen, in denen sich Deutschland im Besitze des „richtigen" Geschichtsbildes glaubte, die sind uns und der Welt sehr schlecht bekommen. Es waren der nationalistischen Ideologie entsprechende Geschichtsbilder.

Deutscher zu sein, kann heute nicht mehr bloß die Zugehörigkeit zu einer Sprach- und Kultur- oder zur Abstammungsgemeinschaft bedeuten; es bezeichnet auch nicht eine spezifische Staatsbürgerschaft, sondern es muß wohl darüber hinaus eine Selbstidentifikation mit den Begriffsinhalten der Demokratie und der Humanität stattfinden.

Unser Staat hat eine Form der Demokratie entwickelt, die auch durch die besonderen Herausforderungen der deutschen Geschichte geprägt ist. Sie ist weder von der unbe-

schwerten Zuversicht und Ursprünglichkeit der amerikanischen Demokratie getragen noch von den ehrwürdigen, machterfahrenen Traditionen der parlamentarischen Demokratie in England, noch von den revolutionsgeprägten demokratischen Errungenschaften der Französischen Republik.

III.

Im nächsten Jahr wird der 30. Jahrestag von Verkündung und Inkrafttreten unserer Verfassung die Grundgesetzdiskussion sicherlich erneut beleben. Dabei muß dann auf die historischen Erfahrungen, die in unsere Verfassung eingeflossen sind, Aufmerksamkeit verwandt werden, ebenso wie auf die insgesamt sehr guten Erfahrungen, die wir seither mit diesem Grundgesetz gemacht haben.

Das Grundgesetz spricht von der Einheit und Selbstbestimmung unseres Volkes, von der Nation. Mir scheint, daß die häufig zitierte Einheit der Nation jedenfalls auch in den folgenden drei Dingen besteht:

Erstens: Einheit der Nation bedeutet eine gemeinsame geschichtliche Vergangenheit mit sowohl Stationen, die Anlaß sind zum Stolz, als auch mit Stationen, die Anlaß sind zum Bedauern oder derentwegen wir uns schämen müssen.

Zweitens: Einheit der Nation bedeutet einen Anspruch an die Zukunft, den wir stellen, der uns aber auch selbstverpflichtet.

Und drittens: Einheit der Nation bedeutet auch ein Stück der Wirklichkeit in unserer Gegenwart; denn es gibt ein fortbestehendes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen, es gibt – dank der Politik der letzten zehn Jahre – auch Möglichkeiten zu gegenseitiger Berührung, zu Besuch, zu Gespräch, zu mannigfachem Austausch. Das alles ist trotz jener brutalen Grenze und trotz der Trennung ein Stück Einheit der Nation.

Diese zweitens und drittens genannten beiden Aspekte bewegen und beschäftigen mich am meisten; denn ich hielte es für falsch, die Einheit der Nation vorwiegend aus der Vergangenheit her zu sehen oder gar unkritisch die Zeiten zu preisen, in denen es eine staatliche Einheit für die meisten Deutschen gegeben hat. Ich denke, daß ein sentimentaler Umgang mit der historischen Einheit der deutschen Nation eine Fehlbeurteilung unserer Geschichte fördert. Vielfach ist der Eindruck enstanden, nicht bei Historikern, aber bei einem großen Teil der 60 Millionen Menschen, die heute in unserem Staat leben, als ob in unserer deutschen Geschichte vorwiegend Einheit bestanden habe. Und es wird leicht vergessen, was es an Zerrissenheit, an Auseinandersetzung, ja an Kriegen zwischen den Deutschen gegeben hat.

Im Hyperion heißt es: „Es ist ein hartes Wort und dennoch sag' ich's, weil es Wahrheit ist: ich kann kein Volk mir denken, das zerrissener wäre wie die Deutschen." So lange ist das noch nicht her, daß Hölderlin das geschrieben hat. Und erst 1871 hat Ludwig von Gerlach nach der von vielen bejubelten Gründung des Bismarck-Reiches etwas Ähnliches gesagt, nämlich: „Und – wo ist die Einheit Deutschlands? Seit 1648 war es nicht so zerrissen als jetzt."

Das ist gerade erst 100 Jahre her. Zur gleichen Zeit mußten die Führer der Sozialdemokratischen Partei, Bebel und Liebknecht, die fortbestehende innere Zerrissenheit sehr persönlich erfahren. Sie saßen im Gefängnis, als in Versailles das Deutsche Reich gegründet wurde. Herr Conze (oder war es Herr Groh?) hat gesagt, sinnfälliger hätte kaum zum Ausdruck gebracht werden können, daß der neue Staat, in dem das nationalliberale Bürgertum die Erfüllung seiner nationalen Hoffnungen verwirklicht sah, daß dieser neue Staat die Arbeiterbewegung und deren nationale Ziele in sein politisches Fundament weder integrieren konnte noch wollte.

Nun war es unbestritten, daß Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie die nationale Einheit nachdrücklich bejahten – ihre Führer hatten dafür seit Beginn ihrer politischen

Arbeit gekämpft –, aber sie bedrohten durch ihre Demokratiebestrebung den innenpolitischen Einigkeitsmythos der Konservativen. Und dies ließ den unausgetragenen, den bei der Reichsgründung ausgeklammerten Grundkonflikt des 19. Jahrhunderts zwischen dem alten Obrigkeitsstaat und der bürgerlich-liberalen Fortschrittsbewegung auf neuer Stufe wieder hervortreten. Denn in Wirklichkeit nahm ja die Sozialdemokratie damals nur die Ideale des bürgerlichen Emanzipationsstrebens beim Wort und suchte sie zur Konsequenz zu führen.

Das alles paßte nicht in den konservativen Einigkeitswahn. Obrigkeitsstaat und große Teile des Adels und des Bürgertums wehrten gemeinsam solche Bestrebungen ab.

Ebenso unberechtigt wie folgerichtig sind dann später die Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen denunziert und noch später als November-Verbrecher und als Verräter verfemt worden, nachdem sie in der Weimarer Republik den endlich und entscheidend mit ihrer Hilfe errichteten bürgerlichen Verfassungsstaat auch gegen wichtige Teile des Bürgertums verteidigt hatten, welche inzwischen ihrerseits die sogenannte „nationale Erhebung" mit Wohlwollen begleiteten. Die Proklamation der Volksgemeinschaft bedeutete dann den bisherigen Höhepunkt des Einigkeitswahns und gleichzeitig das Ende einer Demokratie, für deren Verwirklichung die Sozialdemokraten seit ihren politischen Anfängen gekämpft hatten.

Wir dürfen diese Aspekte der deutschen Geschichte nicht beiseite schieben, wenn wir historisch über die Einheit der Nation reden. Und ich sehe den Auftrag aus der Präambel des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, auch vor diesem Hintergrund.

Vieles an der Gegenwart der Teilung erfüllt uns mit Bitterkeiten. Hier besteht die Aufgabe, alles zu tun, um die menschlichen Nöte, die Schwierigkeiten der Teilung ertragbar zu machen. Wir können den durch Hitler ausgelösten gegenwärtigen Zustand Deutschlands nicht durch, wie manche wollen, „mehr Härte", durch ständige Anklagen oder durch Androhung von Sanktionen verändern oder die Kriegsfolgen ungeschehen machen. Im Gegenteil. Solche Versuche würden zusätzliche Gefährdungen auslösen.

Was die Zukunft der deutschen Nation betrifft, so müssen wir nüchtern feststellen, daß die politischen Konstellationen in der Gegenwart keine Möglichkeiten bieten, die Teilung Deutschlands in zwei Staaten zu überwinden. Und wenn die beiderseitige Arbeit zur Entspannung zwischen diesen beiden durch eine neue Konfrontation abgelöst würde, so hätte darunter niemand mehr zu leiden als die Deutschen, insbesondere die auf der anderen Seite.

Es gibt keinen anderen Weg, für die Einheit der deutschen Nation politisch Sinnvolles zu tun, als die Politik des Friedens und der Entspannung fortzusetzen und die Wiederherstellung der geistigen, kulturellen, ökonomischen Einheit ganz Europas zu betreiben. Dies war durch Jahrhunderte immer eine Einheit aus der Vielfalt. Und ich denke, die Geschichtslehrer und die Geschichtsschreiber sollten uns aus der Enge überkommener nationalgeschichtlicher Perspektiven herausführen und uns allen die Augen öffnen für die Vielfalt der geschichtlichen Konstellationen Europas und für Europas in gegenseitiger Befruchtung entstandenen Reichtum.

Die Geschichte der europäischen Zivilisation, unsere Sprachen, unsere Literatur, unsere Kirchen, unsere Universitäten ist eine Geschichte, die aus der Vielfalt ihrer Vermischung und aus gegenseitiger Berührung und Befruchtung entstanden ist – eine Geschichte, so betone ich immer wieder, aus der weder Oxford weggedacht werden kann noch Cluny, noch Sagorsk, die Venedig und Nowgorod, die Prag und Aachen, die Paris und Krakau, die Byzanz und Rom und alles das mit einschließt.

Europa beschränkt sich nicht auf den Kreis derjenigen Staaten, die gegenwärtig in der Europäischen Gemeinschaft und demnächst zusätzlich in einem Währungsverbund vereinigt sind und die sich nächstes Jahr, zu meiner Freude, ein gemeinsames Parlament wählen werden – sondern alle Völker Europas sind so geworden, wie sie heute sind, auf Grund einer gemeinsamen Geschichte, zu der Puschkin oder Tolstoi ganz genauso gehören wie Shakespeare oder Petrarca oder Schiller.

Dies alles entstammt einem und demselben geschichtlichen Kontinuum. Wir können Europa nicht und wir dürfen Europa nicht einengen auf seinen westlichen Teil, geistig nicht, geschichtlich nicht, politisch nicht. Wir müssen offenbleiben. Und wir Europäer müssen dazu nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Gemeinsamkeiten unserer geschichtlichen Entwicklungen besser erkennen und ins Bewußtsein heben, damit wir wieder Europäer werden können, wenn wir doch zugleich auch Deutsche oder Polen oder Franzosen bleiben wollen.

Wir, die Russen, die Tschechen, die Ungarn, die Italiener, die Holländer, die Skandinavier, die Engländer, wir römische Katholiken, griechisch Orthodoxe, wir Lutheraner und Calvinisten, Juden und Freidenker und Dissidenten, wir haben dies alles, was wir besitzen, ja nicht jeder allein erworben, sondern wir haben uns jeder gegenseitig befruchtet. Und so sind wir zu dem gelangt, was wir heute besitzen. Zum Teil haben wir es ursprünglich aus den Quellen des Christentums empfangen, zum Teil aus den Quellen des klassischen Altertums, aber wir haben es gemeinsam fortentwickelt.

Wir müssen füreinander offenbleiben, die wir dies gemeinsam erarbeitet haben, damit sich die Katastrophen nicht wiederholen, die zu der gegenwärtigen Teilung des geschichtlich gewordenen Europas geführt haben.

Wir können dabei gewiß auf Vorsicht, auf Voraussicht nicht verzichten, nicht verzichten auf Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft zugunsten unserer Freiheit, nicht verzichten auf sorgfältige außenpolitische Kalkulation, auf Umsicht und Klugheit nicht verzichten. Aber eines müssen wir immer wissen: Wer von uns den Kompromiß mit dem Nachbar nicht suchen will oder nicht suchen kann, der wäre für die friedliche Wiederherstellung Europas nicht tauglich. Und hier komme ich zum Ausgangspunkt meines Gedankens über die Einheit der Nation zurück: nur die Wiederherstellung des geistigen Zusammenhangs von ganz Europa, nur die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zusammenhangs von ganz Europa, trotz all seiner gegenwärtig bedrükkenden politischen Formen, nur sie bietet eine Chance für die dereinstige zukünftige Vereinigung unserer eigenen Nation unter einem gemeinsamen Dach.

Alles andere halte ich für Illusion. Unsere Nachbarn in Ost und West beobachten sorgfältig, was wir Deutsche tun, was wir in beiden deutschen Staaten tun, um zu prüfen, wie sie uns einschätzen sollen, ob wir gelernt haben aus unserer Geschichte.

Wir selbst sollten uns die Geduld der polnischen Nation zum Vorbild nehmen. Die deutsche Frage braucht Zeit. Sie kann nur in guter Nachbarschaft – mit Franzosen genauso wie mit Polen und mit Russen – und in Partnerschaft lösbar gemacht werden.

An dieser Stelle möchte ich (quasi als Exkurs) meine Dankbarkeit für die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche zum Ausdruck bringen. Ich begrüße sehr, daß es deutschen und polnischen Historikern gelungen ist, zum Prozeß der Verständigung zwischen beiden Völkern beizutragen. Damit eine gemeinsame Darstellung einer an Verwicklungen und Leiden reichen Geschichte zweier Nationen möglich wird, muß man die eigene Geschichte ohne Vorurteil prüfen. Die Eliminierung, die Verdrängung von Teilen der Geschichte kann nicht helfen, Streitfragen zu lösen. Ich weiß: Die polnischen staatlich beauftragten Wissenschaftler haben sich an der einen oder anderen Stelle gegenüber ihren

ungebundenen deutschen Verhandlungspartnern ein bißchen zu entschlossen durchgesetzt. Keine Seite darf sich überfahren lassen, darf andere überfahren, niemand soll sich überfahren fühlen. Aber insgesamt ist durch diese Arbeit doch ein großer Fortschritt erreicht, und viele Tausende von Menschen auf beiden Seiten sind zum Nachdenken gebracht worden über die unendlich reichhaltige und übrigens ungemein interessante gemeinsame deutsch-polnische Geschichte. Wenn man sich hinein vertieft, lernt man manches, was man sich ganz falsch vorgestellt hatte, weil es einem von Kindes Beinen auf nicht richtig dargestellt worden war. Ein Blick auf Ihr Vorlesungsverzeichnis, was diese Tagung angeht, führt mich zu der Hoffnung, es möchten beim nächsten Mal sehr viel mehr ausländische Gäste zu Worte kommen. Die internationale Berührung ist notwendig.

Übrigens hat das deutsch-polnische Bemühen um bessere Kenntnisvermittlung auch das Verlangen nach vermehrtem Geschichtsunterricht gestärkt. Es ergibt sich fast von selbst, daß die Schulbuchüberprüfung auf die Frage nach der Anwendung in der Schule hinlenkt, weil die beste Revision nutzlos ist, wenn sie auf nicht verwendete Bücher beschränkt blieb. An dieser Stelle wird deutlich, daß das Fach Geschichte durchaus Möglichkeiten zur Stärkung seiner eigenen Stellung hat, wenn es sich nur bereitwillig genug auf Probleme einläßt, die für die Erkenntnis der gegenwärtigen Wirklichkeit bedeutsam sind.

Die Beispiele von nationalen Minderheiten in manchen Grenzgebieten an den deutsch-dänischen, deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen sind lehrreich. Wenn Sie sich zurückerinnern, was die Grenzlandfragen in den letzten Jahrhunderten bedeutet haben und wie sie heute bewertet werden, so sehen Sie, daß Probleme, um derentwillen die Völker generationenlang bereit waren, gegeneinander Kriege zu führen, sich später als überholt, ja fast als nichtig herausstellen können. Jedenfalls seit mehreren Jahrzehnten ist es in Europa für viele Menschen ungleich

wichtiger geworden, ob sie diesseits oder jenseits einer ein politisches System abschottenden Grenze leben müssen – ungleich wichtiger als die alten Nationalitätenprobleme an den Grenzen.

IV.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, ich habe keine Sorge vor dem Wettbewerb der politischen Systeme. Ich denke daran in großer Gelassenheit. Der Wille zu Freiheit und Menschenwürde zieht sich durch die Geschichte, solange sie aufgezeichnet wird. Das wird so bleiben. Ideologen und Ideologien kommen, aber sie werden auch wieder verdrängt. In dem Maße, in dem wir selbst die Würde der Person, ihre Grundfreiheiten, ihre Grundrechte, in dem wir selbst ein Gemeinwesen der sozialen Demokratie, der Gerechtigkeit verwirklichen, in dem Maße fördern wir unsere gemeinsame Zukunft und brauchen vor dem Wettbewerb keine Sorgen zu haben.

Das Motto eines anderen diesjährigen Historikertreffens in Tutzing war: „Blick zurück in die Zukunft". In dieser auf den ersten Blick etwas überraschend anmutenden Überschrift „Blick zurück in die Zukunft" wurde gut zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht nur Geschichte zu bewältigen, sondern daß wir auch zukünftige Geschichte vorzubereiten haben.

Spätere Generationen werden über uns, über unsere Politik, über unsere Lehre, über unsere Wissenschaft urteilen. Wir müssen eine Gegenwart schaffen, die unsere Kinder oder unsere Enkel späterhin gerne akzeptieren können als ihre eigene Geschichte. Lassen Sie uns dabei bitte den Stolz auf unsere gegenwärtige Leistung nicht zu kurz kommen. Herzlichen Dank!

Archiv der sozialen Demokratie ★ Bibliothek ★ Bonn 59

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGI